



*Gleiche Spieler, anderes Spiel:  
„Die Spielregeln zu ändern ist leichter,  
als den Charakter der Spieler zu beeinflussen.“*

*James M. Buchanan, Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften*

# Wirtschaftsordnungen

Die Bedeutung von Regeln für den Sport ist jedem klar. Ohne Kenntnis dieser Regeln hat man unter Umständen Probleme, überhaupt zu verstehen, was sich auf dem Rasen abspielt. Dass auch das „ökonomische Spiel“ Spielregeln kennt und gute Spielregeln braucht, um gut zu funktionieren, ist weniger bewusst. Dabei besteht eine Möglichkeit, sich in der „Welt der Ökonomie“ besser zurechtzufinden, genau darin, diese Institutionen und Regeln einer Wirtschaftsordnung zu verstehen. Wie beeinflussen sie Individuen bei der Verfolgung ihrer Ziele, d. h. welche Anreize vermitteln sie für das Handeln der Akteure?

Wirtschaftsordnungen umfassen die Gesamtheit der vorhandenen Institutionen- und Regelsysteme in einer Volkswirtschaft. Durch einen Vergleich unterschiedlicher gegenwärtiger und historischer Wirtschaftsordnungen lassen sich Erkenntnisse über das Zusammenspiel und die Auswirkungen der vorhandenen Institutionen- und Regelsysteme auf die Entwicklung einer Volkswirtschaft gewinnen. Dabei beantwortet der Vergleich zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft in erster Linie ein historisches Interesse, während gegenwärtig der genaue Blick auf die Soziale Marktwirtschaft im Zentrum der Aufmerksamkeit steht: Welches sind Grundzüge und Leitbilder der Sozialen Marktwirtschaft, und wo liegen heute die Herausforderungen für diese Wirtschaftsordnung?

## Was wissen und können Sie schon?

Der Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften, James M. Buchanan, spricht von Spielregeln. Beschreiben Sie, welche (Spiel-)Regeln in Ihren Augen die richtigen für die Wirtschaft sind. Einigen Sie sich zunächst darauf, was eine Wirtschaftsordnung leisten sollte.

## KOMPETENZEN

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes wissen und können:

Sie können die Wirkung von Anreizen auf wirtschaftliches Handeln erklären.

Sie können das Institutionen- und Regelsystem einer Wirtschaftsordnung beschreiben und beurteilen.

Sie können Wirtschaftsordnungen, auch nach Ideal- und Realtypen, unterscheiden.

Sie können die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungskonzept darstellen, die Funktion des Wettbewerbs erläutern und die Realität am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft messen.

## 3.1 Wie reagieren die Menschen auf Anreize?

### M 1 ● Wie halten wir es mit der Rechnung?

Am besten kann man [es] verstehen, wenn man sich vorstellt, man geht mit einer großen Gruppe essen und teilt sich die Rechnung zu gleichen Teilen. Wie wir alle wissen, kann das ziemlich ärgerlich sein. Mit dem eigenen Anteil zahlt man hauptsächlich das Essen der anderen, und das eigene Essen wird zum Großteil von den andern bezahlt. Unter diesen Umständen liegt die rationale Strategie auf der Hand: Austern, Hummer und jede Menge Champagner bestellen. Wenn man sich mit Suppe, Brot und einem Glas Wasser bescheidet, sparen

alle Geld, aber die eigenen Geschmacksnerven werden die einzigen sein, die darben. Verspürt man auch nur die geringste Lust auf etwas, so wird man sich den üppigsten Luxus gönnen, da man ja nur einen kleinen Teil der Kosten selbst bezahlt. Es mag seine Vorteile haben, sich die Rechnung zu teilen, aber es eignet sich ganz gewiss nicht, die Gäste zu ehrlichen Entscheidungen zu animieren.

*Tim Harford, Die Logik des Lebens, München 2008, S. 160 (übersetzt v. Richard Barth)*

### M 2 ● Wirtschaftliches Handeln – eine Folge von Anreizen

Da rationale Menschen ihre Entscheidungen durch einen Vergleich von Grenznutzen und Grenzkosten treffen, reagieren sie auf Anreize. [...] Anreize sind entscheidend für die Analyse, wie Märkte funktionieren. Wenn z.B. der Preis eines Apfels steigt, werden sich die Leute dafür entscheiden, mehr Birnen und weniger Äpfel zu essen, weil die Kosten eines Apfels höher sind. Gleichzeitig werden die Apfelplantagen mehr Arbeitskräfte einstellen und mehr Äpfel ernten wollen, weil der Stückgewinn aus dem Verkauf eines Apfels höher ist. [Die] Wirkung des Preises

eines Guts auf das Verhalten von Käufern und Verkäufern in einem Markt – in diesem Fall des Marktes für Äpfel – ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis, wie die Volkswirtschaft knappe Ressourcen aufteilt. Auch Politiker sollten sich stets der Wirkung von Anreizen bewusst sein, denn eine Vielzahl von politischen Maßnahmen verändert den Nutzen und die Kosten, denen sich die Menschen gegenübersehen und beeinflusst damit ihr Verhalten.

*Nach: N. Gregory Mankiw/Mark P. Taylor, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 5. Aufl., Stuttgart 2012, S. 8 (übers. v. Aodlf Wagner und Marco Herrmann)*

### M 3 ● Kontrovers diskutiert: a) Libertärer Paternalismus: Verführung zum Guten versus b) betreutes Wohnen für alle

a) „Libertärer Paternalismus“: Das klingt nach einem Widerspruch, ist es aber nicht. Wir wollen Menschen helfen, bessere Entscheidungen zu treffen, als sie sie von sich aus täten (deshalb: Paternalismus), jedoch ohne irgendjemandem irgendetwas aufzuzwingen (deshalb: libertär). Eine Methode ist der „Nudge“, der Stups. Ein „Nudge“ ist

ein Reiz, der das Verhalten verändert, ohne irgendjemanden an irgendetwas zu hindern. [...] Der Fachbegriff lautet „Entscheidungsarchitektur“. Entscheidungsarchitekten entwerfen den Kontext, innerhalb dessen Menschen Entscheidungen treffen. Im Privatsektor wird überall gestupst. Zeitschriften etwa bieten kostenlose Probeabos

an, die zu richtigen Abonnements werden, wenn wir sie nicht kündigen, wozu wir oft nicht kommen. Supermärkte lenken uns in  
 20 Richtung solcher Produkte, die uns in Versuchung bringen. Aber auch Regierungen können Methoden entwickeln, Menschen zu besseren Entscheidungen zu verhelfen, ohne sie zu irgendetwas zu zwingen. [...]  
 25 Wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren wollen, können wir die Bürger stupsen, indem wir ihnen ihren Energieverbrauch anschaulich vor Augen führen. In Südkalifornien hat ein Energieversorger  
 30 seine Kunden zu sparsamem Verbrauch animiert, indem er ihnen Kugeln gegeben hat, die bei hohem Energieverbrauch rot, bei bescheidenem Verbrauch grün leuchten. Die Kugelbesitzer reduzierten ihren  
 35 Energieverbrauch in Stoßzeiten um 40 Prozent. Man kann sich auch die Macht der sozialen Norm zunutze machen. Bei einer Studie wurden Haushalte über ihren Energieverbrauch sowie über den durchschnittlichen  
 40 Energieverbrauch in benachbarten Haushalten informiert. Daraufhin reduzierten jene, die über dem Durchschnitt gelegen hatten, ihren Verbrauch signifikant.

*Richard H. Thaler/Cass R. Sunstein, übers. von Wieland Freund, Welt am Sonntag, 7.9.2008*

b) Den Nachtwächterstaat kennt man nur noch aus den Schauermärchen längst ver-

gangener Tage. Der Homo Oeconomicus ist 50 ohnehin schon vor Jahrzehnten mit dem Bannfluch belegt worden. Und selbst der mündige Verbraucher ist inzwischen im Deutschen Historischen Museum eingemottet worden – irgendwo zwischen Wirt- 55 schaftswunder und Sexueller Revolution. Als wahrhaft aufgeklärte Menschen wissen wir, dass wir so sehr durch Umstände getrieben, durch Herkunft geprägt und durch fremde Mächte manipuliert sind, dass Frei- 60 heit und Selbstbestimmung doch eigentlich nur Illusionen sind. Fragen Sie mal Ihren Hirnforscher oder Neurologen! Ein adäquates Mittel, um unsere defizitäre Vernunft auf die rechte Bahn zu bringen, 65 will uns das Konzept des Nudging an die Hand geben. Mittels kleiner Stupser werden wir angeregt, das zu tun, wonach uns ja eigentlich der Sinn steht – oder stehen sollte. Wenn da nur nicht die Umstände, 70 die Faulheit, die Ignoranz im Wege ständen. Nudging ist so ein bisschen wie betreutes Wohnen. Das gewohnte Umfeld bleibt erhalten, man fühlt sich wie zuhause. Aber irgendjemand passt immer auf, 75 dass man keine Dummheiten anstellt. Diese mit mehr Kompetenz und Weitsicht ausgestatteten Betreuer sind die Politiker und Bürokraten.

*Clemens Schneider, <http://prometheusinstitut.de>, 8.4.2016*

## Staatlicher Paternalismus

Maßnahmen oder Regelungen, die zum Wohl des Bürgers oder zum Schutz des Einzelnen vor sich selbst gegen seinen Willen oder zumindest ohne sein Einverständnis getroffen werden.

### Aufgaben

- 1 Erläutern Sie, warum Wirtschaftspolitiker über Anreize nachdenken sollten (M 1, M 2).
- 2 Das Rentenversicherungssystem eines Landes zahlt Transfereinkommen an die über 65-jährigen Menschen. Angenommen, Empfänger mit höherem Einkommen aus anderen Quellen, z. B. Zinseinkommen aus Kapitalvermögen, erhalten eine niedrigere Rente als Empfänger mit niedrigerem Einkommen aus anderen Quellen. Erläutern Sie, wie dieses Rentenversicherungssystem die Sparneigung der Leute während der aktiven Erwerbstätigkeit beeinflussen wird (M 1, M 2).
- 3 Entwickeln Sie aus der Sicht des „libertären Paternalismus“ (M 3) einen „Nudge“, um die Pünktlichkeit von Schülern zu verbessern.
- 4 Nehmen Sie Stellung zum Politikansatz des libertären Paternalismus (M 3).

## 3.2 Wirtschaftsordnungen im Vergleich

### 3.2.1 Wie lassen sich Wirtschaftsordnungen analysieren?

#### M 1 ● Der König und die Mühle

Wie wertvoll funktionierende Gerichte sind, lässt sich am besten mit einer halberfundnen Geschichte verdeutlichen, nämlich mit der Legende über die Mühle von Sanssouci.

5 Darin besiegt ein kleiner Unternehmer mit Hilfe des Berliner Kammergerichts den Preußenkönig Friedrich den Großen.

Dem König war das Geklapper der Mühle in Hörweite seines Sommerschlusses Sanssouci zu laut geworden, und er drohte dem Müllermeister mit Abriss: „Weiß er denn nicht, dass ich Ihm kraft meiner königlichen Macht die Mühle wegnehmen kann, ohne auch nur einen Groschen dafür zu bezahlen?“

15 Das Kammergericht sah dies anders, gab dem kleinen Müllermeister recht und ließ den König alt aussehen. All dies ist, vorsichtig ausgedrückt, eine lockere Nacherzählung des wahren Sachverhalts. Aber was Friedrich II. wirklich von Mühlen hielt, soll hier nicht weiter interessieren. Die Legende ist ein zu schönes Beispiel dafür, wie wichtig eine unabhängige Justiz für den

25 Schutz der bürgerlichen Freiheiten und Eigentumsrechte ist.

Denn diese Rechte sind nur etwas wert, wenn sie auch durchsetzbar sind. Die Garantie des Privateigentums besteht nur auf dem Papier, wenn der Staat oder ein König 30 eine Mühle ungehindert abreißen kann. Die Freiheit, Verträge zu schließen, mit wem man will, über was auch immer, ist nutzlos, wenn die Ansprüche aus diesen Vereinbarungen sich nur mit Hilfe tatkräftiger russischer Inkasso-Büros durchsetzen lassen. 35 Und wer mit einer genialen Idee Geld verdienen will, muss unfaire Nachahmer nach Strich und Faden verklagen können.

All dies macht die Gerichte zu unverzichtbaren Institutionen einer freien Marktwirtschaft. Natürlich entfalten sie ihre wohlstandsfördernde Wirkung nur, wenn die Marktakteure den Richtern mehr vertrauen als ihren eigenen Fäusten, ihren Truppen 45 oder einem Schlichter.

*Melanie Amann, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16.10.2011*

#### M 2 ● Bausteine von Wirtschaftsordnungen

Zur vollständigen Beschreibung eines Wirtschaftssystems müssten sämtliche Bausteine herangezogen werden. Zwei der Bausteine spielen indes in der Diskussion 5 eine besondere Rolle:

- der Koordinationsmechanismus und
- die Eigentumsordnung für Produktionsmittel.

Es ist fraglich, ob diese beiden Elemente eines Wirtschaftssystems voneinander unabhängig sind. Wahrscheinlich funktioniert die Koordination über Preise bei 10 Privateigentum anders als bei Gemein-

eigentum an Produktionsmitteln. Und möglicherweise setzt eine zentrale Planung die Aufhebung des Privateigentums voraus. [...] Im Rahmen des bereits beschriebenen Koordinationsmechanismus unterscheidet man 15

- die zentrale Planung, auch zentrale Verwaltungswirtschaft, Kommandowirtschaft, vertikale Koordination oder verkürzt nur Planwirtschaft genannt und 20
- die dezentrale Planung, auch Marktwirtschaft, horizontale Koordination oder freie Verkehrswirtschaft genannt.

#### Wirtschaftssystem

Jedes Wirtschaftssystem muss grundsätzlich die Fragen beantworten, *wer* (Entscheidungssystem), *was* und *wieviel* (Koordinationssystem) für *wen* (Verteilungssystem) produzieren soll.

Die Eigentumsordnung gilt als zentrales Element, bisweilen sogar als entscheidendes Element eines Wirtschaftssystems, weil sie die Art des Sanktionssystems bestimmt. Dabei geht es nur um die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln (Maschinen, Anlagen, Fabriken: kurz um das „Kapital“), weil die Handlungsmotive von Unternehmern von zentraler Bedeutung sind. Das Eigentum an Konsumgütern wird dagegen in allen Wirtschaftssystemen immer als Privateigentum vorgesehen. Eigentum an Produktionsmitteln kann grundsätzlich zwei Formen annehmen:

- Privateigentum und
- Gemeineigentum (Gesellschafts-, Volks- oder Staatseigentum).

Eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel Privaten gehören, bezeichnet man als kapitalistisches Wirtschaftssystem. Eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel Gemeineigentum sind, nennt man ein sozialistisches Wirtschaftssystem. Hervorzuheben ist, dass die Begriffe „kapitalistisch“ und „sozialistisch“ hier ohne jede Wertung als Fachbegriffe nur für die bestehende Eigentumsordnung verwendet werden.

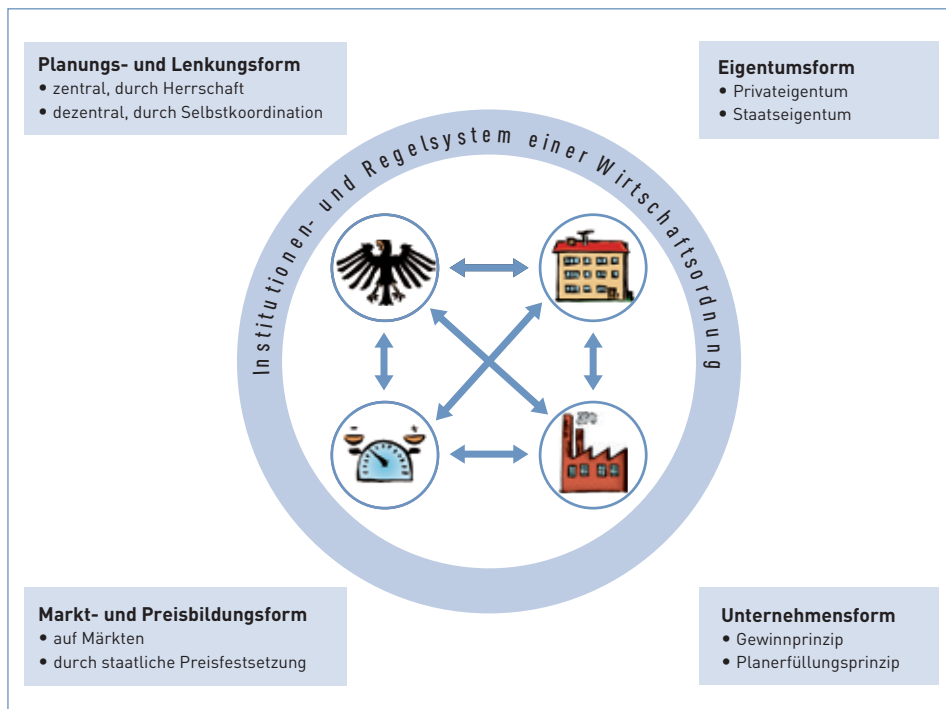
*Ulrich Baßeler/Jürgen Heinrich/Burkhard Utecht, Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, 19. Aufl., Stuttgart 2010, S. 29*

*Anm.: Die Begriffe Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung werden hier synonym verwendet.*

### M 3 ● Was macht eine Wirtschaftsordnung aus?

Die Gesamtheit der wirtschaftlich relevanten rechtlichen Vorschriften, Koordinationsmechanismen, Zielsetzungen, Verhaltensweisen und Institutionen, die den organisatorischen Ablauf und Aufbau

einer Volkswirtschaft bestimmen, werden als Wirtschaftsordnung bezeichnet. Wirtschaftsordnungen setzen sich aus unterschiedlichen Bausteinen zusammen.



Nach: Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg



#### M 4 ● Eigentumsrechte als Institution – kontrovers diskutiert: Tesla verschenkt seine Patente. Eine gute Idee?



Die Firma Tesla, ein Hersteller von Elektroautos (hier ein Auto der Marke in Oslo), verschenkt all ihre Patente. Soll das Schule machen?

##### JA: Weg mit dem Monopol

Das hat es noch nie gegeben: Der amerikanische Elektroautohersteller Tesla hat seine Patente der Öffentlichkeit übergeben. Ursprünglich habe man geglaubt, man müsse die neue Technologie durch Patente schützen, damit große Firmen sie nicht kopieren könnten, um anschließend mit ihrer Marktmacht den Newcomer Tesla zu erdrücken. Anders als erwartet habe das Patent die Wettbewerber davon abgehalten, selbst Forschung zum Elektroauto zu betreiben, und damit auch Tesla geschadet. [...]

Was sind Patente? Nichts als – zeitlich limitierte – Monopole: das exklusive Recht, eine Erfindung zu nutzen, und zugleich ein Verbot für alle Wettbewerber, selbst das patentierte Produkt herzustellen und zu verkaufen. Dem Erfinder winkt somit eine Monopolrendite, die ihm der Staat – die staatlichen Patentämter – garantiert.

Wie begründet sich das Monopol, wo Monopole ansonsten verpönt sind? Dafür gibt es drei Argumente: (1) Erfindungen sind eine Art von Eigentum. Eine Marktwirtschaft muss Eigentum unbedingt schützen. (2) Die Kosten einer Erfindung sind sehr hoch. Gäbe es nicht die Aussicht auf eine zeitlich begrenzte Monopolrendite, würden

die Erfindungen unterbleiben – und die Welt wäre ärmer. Dieses Argument verwendet insbesondere die Pharmaindustrie. (3) Kleine Firmen werden demotiviert, wenn die Großen ihre guten Ideen abkupfern und sie anschließend plattmachen können.

Selbst wenn die Argumente pro Patent nicht alle schwachsinig sind, so legt der Fall Tesla doch nahe, dass Patente im Saldo mehr schaden als nützen: (1) Geistiges Eigentum ist nicht mit dinglichem Eigentum zu vergleichen. Wenn mir ein Apfel geklaut wird, habe ich keinen Apfel mehr. Wenn Tesla die Idee ihrer Elektrobatterien geklaut wird, können sie trotzdem weiter Elektroautos bauen. (2) Statt den Fortschritt anzukurbeln, hat das Patent für Tesla den Fortschritt abgewürgt und den Wettbewerb ausgehebelt. Das Patent verhindert den Durchbruch einer wichtigen Öko-Innovation. (3) Der Minderheitenschutz für Tesla war für die Katz.

Der Fall Tesla hat ein berühmtes historisches Vorbild: Ein Kartell ausgewählter Hersteller verweigerte Henry Ford einst die kostenlose Nutzung des Patents auf das Benzinauto; sie wollten lieber teure Luxusautos für einen kleinen exklusiven Markt bauen. Erst im Jahr 1911 entschied ein

amerikanisches Gericht zugunsten von  
60 Ford. Das war die Voraussetzung für das  
Automobil als billiges Massenfortbewe-  
gungsmittel. Nicht das Patent, sondern der  
Fall des Patents brachte den Fortschritt in  
Schwung.

Rainer Hank, *www.faz.net*, 15.6.2014

### NEIN: Patente treiben den Fortschritt

Niemandem auf der Welt, das sei gleich zu  
Anfang angemerkt, ist es verwehrt, sein Ei-  
gentum zu verschenken. Wenn der ameri-  
kanische Elektroautohersteller Tesla die  
5 Patente, die ihm gehören, der Öffentlich-  
keit zur Verfügung stellt, mag das ehren-  
haft sein. [...] Nur eines ist es sicher nicht:  
ein Beleg dafür, dass Patente überflüssig  
sind und auf Patentschutz in Zukunft  
10 grundsätzlich verzichtet werden sollte.

Patente sind schließlich nichts anderes als  
Eigentumsrechte auf Erfindungen: eine  
Form des Schutzes für geistiges Eigentum,  
in dieser Hinsicht vergleichbar mit dem Ur-  
15 heberrecht an Texten und Büchern. Zwar  
hat es zu allen Zeiten Menschen gegeben,  
die vom Eigentum nicht sonderlich viel  
hielten. Und zwar nicht nur Kriminelle:  
Auch der Philosoph Jean-Jacques Rous-  
20 seau beispielsweise glaubte, es sei der An-  
fang der allgemeinen Unterdrückung und  
Ausbeutung gewesen, als das erste Mal ein  
Mensch einen Zaun um ein Stück Land zog  
und sagte: „Das gehört mir.“

25 Dagegen steht allerdings die Erfahrung aus  
vielen Ländern der Welt auf dem Weg von

der Armut zum Wohlstand. Überall ist ei-  
nes wichtig, um Investitionen anzuziehen,  
die Arbeit und Wohlstand bringen: die  
Durchsetzbarkeit von Eigentumsrechten. 30  
Erst die Aussicht, später von den Früchten  
seines Eigentums profitieren zu können,  
motiviert den Unternehmer, überhaupt et-  
was zu unternehmen.

Nicht viel anders als mit dem Eigentum an 35  
Dingen aber verhält es sich mit geistigem  
Eigentum. Zwar unterscheiden sich geisti-  
ge Güter wie Erfindungen oder Texte darin  
von materiellen, dass mehrere sie nutzen  
können, ohne sich dabei in die Quere zu 40  
kommen. Ihre Entstehung aber ist gleich-  
falls mit Kosten verbunden, die nur aufge-  
bracht werden, wenn die Eigentumsrechte  
geklärt sind. Das ist entscheidend.

Das Patent schützt das Eigentum des Erfin- 45  
ders. Es ist vor der Erfindung für ihn An-  
sporn – und danach schützt es sein gutes  
Recht, von seiner Leistung zu profitieren.  
Man mag darüber diskutieren, ob es der  
Staat sein muss, der das Patent garantiert, 50  
oder ob das auch anders geht. Man mag  
auch darüber diskutieren, wie lange Pa-  
tentschutz bestehen soll. Diese Institution  
ist nämlich, zugegeben, janusköpfig: Pa-  
55 tente fördern zwar Innovation – sie ver-  
hindern aber den Wettbewerb. [...] So war  
es schon bei James Watts Dampfmaschine.  
Deshalb ist es ein sinnvoller Kompromiss,  
dass man eine Zeitlang einen Zaun um die  
Erfindung zieht – um ihn später wieder zu 60  
öffnen.

Christian Siedenbiedel, *www.faz.net*, 15.6.2014

## Aufgaben

- 1 Erläutern Sie die Funktionen des Rechts als Institution (M 1).
- 2 Zeigen Sie an selbst gewählten Beispielen auf, inwieweit die Ausgestaltung der Anreizstruktur durch Institutionen das Verhalten der Individuen und ganzer Volkswirtschaften beeinflusst (M 2, M 3).
- 3 Tesla verschenkt seine Patente – eine gute Idee? Nehmen Sie Stellung zu dieser Frage (M 4).
- 4 Wählen Sie einen anderen Pol des Institutionen- und Regelsystems einer Wirtschaftsordnung (M 3) und entwickeln Sie dazu kontroverse Positionen im Stil von M 4.



### 3.2.2 Die freie Marktwirtschaft: Stärken und Schwächen

#### M 5 ● Motive des Wirtschaftens



Karikatur: Dirk Meissner

#### M 6 ● Schlüssel zum Reichtum

Das hat sich lange keiner mehr getraut: Zwei US-Wissenschaftler versuchen mittels einer Großtheorie zu erklären, weshalb manche Nationen wohlhabend sind, andere das einfach nicht schaffen. Ein mutiges Unterfangen – und eine faszinierende Lektüre.

„Warum sind die Menschen in Afrika so arm?“ Eine Frage, wie sie Kinder ihren El-

tern stellen. Und zugleich eines der größten Rätsel der Menschheit. Für kaum etwas kennen Politikwissenschaftler und Volkswirte so wenige unstrittige Gründe wie für die ebenso hartnäckige extreme Ungleichheit zwischen den Staaten dieser Erde. Warum schaffen es manche Nationen über Jahrhunderte hinweg nicht aus bitterer Armut heraus – wie etwa Äthiopien – während andere Länder diesen Riesenschritt in wenigen Jahrzehnten schaffen – etwa Südkorea? [...]

Daron Acemoglu, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) [hat] zusammen mit seinem Co-Autoren James Robinson, Politikwissenschaftler in Harvard, [...] eine faszinierende Großtheorie über die Ursachen für die ungleiche Verteilung von Armut und Reichtum in der Welt vorgelegt.

Wobei es um die Faktoren, die den Wohlstand eines Landes dauerhaft mehrten, in der Fachwelt relativ wenig Streit gibt. Entscheidend sind funktionierende gesellschaftliche Institutionen: unabhängige und faire Gerichte. Eine Verwaltung, die nicht allzu korrupt ist. Eine Regierung, die sich den Interessen des Volkes stärker verpflichtet fühlt als dem eigenen Wohlergehen. Schulen, in denen Kinder tatsächlich etwas lernen und nicht bloß verwahrt werden. Solche funktionierenden Institutionen schaffen eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der Menschen einen Anreiz besitzen zu sparen und zu investieren, sich zu bilden und Innovationen hervorzubringen. Aus dieser Akkumulation von Kapital und Wissen entsteht dauerhaftes Wirtschaftswachstum.

Aber warum gelingt es einzelnen Staaten, diese Mischung über Jahrhunderte hinweg zu bewahren – etwa der Schweiz – während andere immer wieder bei dem Versuch scheitern, sie zu erreichen?



Acemoglu und Robinson gehen davon aus, dass der Wohlstand zwischen den Staaten bis zur Industriellen Revolution verhältnismäßig gleichmäßig verteilt war. Afrikaner waren ähnlich reich wie Europäer und Asiaten oder besser gesagt: ähnlich arm. Doch dann begann sich das Wachstumskarussell zu drehen, zuerst Mitte des 18. Jahrhunderts in England, dann im übrigen Europa. Warum ausgerechnet in England? Weil, so die Autoren, sich über Jahrhunderte hinweg kleine institutionelle Unterschiede zwischen den Staaten herausgebildet haben. Ein Prozess, den Acemoglu und Robinson mit der Genmutation in der Natur vergleichen. Zunächst lassen sich diese Unterschiede kaum bemerken – bis es zu großen geschichtlichen Weichenstellungen kommt. Dann sorgen die kleinen Unterschiede dafür, dass Staaten gänzlich unterschiedliche Wege einschlagen.

Die Ursachen für Englands Pionierrolle bei der Industriellen Revolution liegen demnach einige Jahrhunderte früher: In Großmächten wie Spanien wurde der Überseehandel unter dem Monopol des Königshauses betrieben, in England von selbständigen Kaufleuten. Diese selbständige Kaufmannsschicht wurde allmählich enorm wohlhabend und verfügte so über das nötige Kapital, um Innovationen wie der Dampfmaschine oder der Eisenbahn zum Durchbruch zu verhelfen. In Spanien fehlte diese Kaufmannsschicht. Der Adel wiederum hatte kein Interesse, durch Innovationen seine eigene privilegierte Stellung auszuhehlen.

Kleine Unterschiede zwischen Staaten führen in entscheidenden Momenten zu unterschiedlichen Weichenstellungen, und von diesem einmal eingeschlagenen Pfad wieder herunterzukommen, ist dann sehr schwer. Wenn ein Staat einmal mit einer Elite geschlagen ist, die sich vor allem selbst bereichert – dann wird auch eine Revolution daran wenig ändern.

Und was ist nun mit der Kinderfrage? Warum sind so viele Menschen in Afrika arm,

während andere Weltregionen die Kurve gekriegt haben? Kleine Unterschiede während der Kolonialisierung sehen die Autoren als Hauptursache: Dort, wo das Klima gemäßigt ist, besiedelten viele Europäer die Kolonien – und die lehnten sich auf, wenn die Statthalter der Kolonialmächte sich allzu ausbeuterisch gebärdeten. So entstanden zum Beispiel die USA. In tropischen Kolonien hingegen gab es meist nur eine kleine europäische Siedlerelite, die die einheimische Bevölkerung als Plantagen- oder Minenarbeiter versklavte. Hier konnten sich nie gesellschaftliche Institutionen herausbilden, die Wachstum begünstigt hätten. Das rächte sich nach der Entkolonialisierung: Die weiße Ausbeuterelite wurde in vielen Fällen lediglich gegen eine farbige ausgetauscht.

Aus diesem Teufelskreis wieder herauszukommen fällt schwer – ist aber möglich, wie einzelne Erfolgsgeschichten zeigen. Neben Südkorea (das von Japan besetzt war) zählt zum Beispiel auch Botswana zu den ehemaligen Kolonien, die heute mit funktionierenden Institutionen gesegnet sind.

Spannend auch, was Acemoglu und Robinson alles NICHT als Ursache für die Wohlstandsunterschiede zwischen Staaten akzeptieren: Weder Rasse noch Religion oder Kultur, aber auch nicht geographische Faktoren wie den Zugang zum Meer oder zu Bodenschätzen.

Im Detail sind viele der präsentierten Erkenntnisse über die Entwicklung einzelner Staaten nicht neu. Auch ihre Studie über die Folgen der unterschiedlichen kolonialen Besiedlungsmuster haben Acemoglu und Robinson bereits vor einem Jahrzehnt vorgelegt – und damals empirisch präzise belegt. Neu ist jedoch, wie die beiden Autoren all ihre Gedanken zu einer packenden (und zudem sehr gut lesbaren) Großtheorie zusammengebunden haben.

## M 7 ● Märkte sind gewöhnlich gut für die Organisation des Wirtschaftslebens

Der Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und in Osteuropa war wohl die bedeutendste Veränderung der Welt in den letzten fünfzig Jahren. Kommunistische Länder arbeiteten unter der Prämisse, dass zentrale Planer der Regierung bestens befähigt wären, die Volkswirtschaft zu leiten. Die Planer entschieden, welche Waren und Dienstleistungen produziert wurden, wie viel davon hergestellt wurde und wer diese Güter produzierte und konsumierte. Hinter der Zentralplanung stand eine Theorie, wonach nur die Regierung volkswirtschaftliche Aktivitäten auf eine Art und Weise organisieren konnte, die der sozialen Wohlfahrt des Landes insgesamt dienlich war.

Heutzutage haben die meisten Planwirtschaften das System abgeschafft und den Versuch unternommen, Marktwirtschaften zu werden. In einer Marktwirtschaft werden die Entscheidungen der zentralen Planungsbehörden durch Millionen Einzelentscheidungen von Unternehmungen und Haushalten ersetzt. Unternehmungen entscheiden, welche Leute sie einstellen und was sie produzieren. Haushalte oder Familien entscheiden darüber, wo sie arbeiten und was sie mit ihren Einkommen kaufen wollen. Diese Unternehmungen und Haushalte wirken auf den Märkten zusammen, wobei sie durch Preise und Eigeninteressen bei ihren Entscheidungen geleitet werden. Auf den ersten Blick ist der Erfolg von Marktwirtschaften rätselhaft. Man hat zunächst den Eindruck, die dezentralen Entscheidungen von Millionen von Haushalten und Unternehmungen würden im Chaos enden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Marktwirtschaften haben sich als bemerkenswert erfolgreich bei der Aufgabe erwiesen, Volkswirtschaften zu organisieren und zugleich die soziale Wohlfahrt zu fördern.

In seinem 1776 erschienenen Buch „The Wealth of Nations“ machte Adam Smith

die berühmte und höchst bedeutsame Aussage: Haushalte und Unternehmungen wirken auf Märkten zusammen, als ob sie von einer „unsichtbaren Hand“ zu guten Marktergebnissen geführt würden. [...] Beim Studium der Volkswirtschaftslehre werden Sie begreifen, dass Preise die Instrumente sind, mit denen die unsichtbare Hand die wirtschaftliche Aktivität dirigiert. Die Preise spiegeln beides: den gesellschaftlichen Wert eines Gutes und die sozialen Kosten der Produktion. Weil Unternehmungen und Haushalte bei ihren Kauf- und Verkaufsentscheidungen auf die Preise sehen, berücksichtigen sie bei ihren Entscheidungen unbewusst soziale Nutzen und Kosten ihrer Aktivitäten. Preise führen die individuellen Entscheidungsträger zu Ergebnissen, die in vielen Fällen auch die soziale Wohlfahrt maximieren.

Es gibt eine logische Folgerung aus der Leistungsfähigkeit der unsichtbaren Hand bei der Selbststeuerung der Volkswirtschaft: Wenn die Regierung die Preise daran hindert, sich auf natürliche Weise an Nachfrage und Angebot anzupassen, behindert sie die Koordination der Millionen Einzelentscheidungen von Haushalten und Unternehmungen, die eine Volkswirtschaft ausmachen. Dies erklärt auch die noch viel größeren Schäden, die eine direkte staatliche Preispolitik – etwa bei Pacht und Zins – verursacht. Und es erklärt das Scheitern der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft. In den kommunistischen Staaten wurden die Preise von oben diktiert. Die Planer konnten gar nicht die Informationen haben, die in freien Marktpreisen stecken. Die Zentralplaner versuchten, die Volkswirtschaft zu betreiben, indem sie eine Hand auf dem Rücken festbanden – die unsichtbare Hand des Marktes.

*N. Gregory Mankiw/Mark P. Taylor, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 5. Aufl., Stuttgart 2012, S. 11 – 13 (übers. v. Adolf Wagner und Marco Herrmann)*

## M 8 ● Die Schwachstellen des Marktes in der Übersicht

- Im Marktprozess werden Einkommen nach der Leistung der Arbeitnehmer und der Knappheit von Gütern vergeben. Die Bedürftigkeit der Menschen spielt dabei keine Rolle. Für Menschen mit einer geringen Leistungsfähigkeit besteht dabei die Gefahr, dass sie nicht genug verdienen, um ihr Existenzminimum abzudecken. [...]
- Der Marktmechanismus versagt, wenn man es mit Gütern zu tun hat, für die es keine Preise und damit auch keine Märkte gibt. Das beste Beispiel hierfür ist die Umwelt, die man in der Regel verschmutzen kann, ohne dafür einen Preis bezahlen zu müssen. [...]
- Unternehmer haben immer ein starkes Interesse daran, sich dem harten Wettbewerbsdruck des Marktes zu entziehen, indem sie Kartell-Absprachen treffen oder den Konkurrenten einfach aufkaufen.
- Die wirtschaftliche Entwicklung des Marktes verläuft nicht gleichmäßig. Sie ist vielmehr durch ausgeprägte zyklische Schwankungen gekennzeichnet. Diese können zu Inflation oder Arbeitslosigkeit und teilweise auch zu beidem gleichzeitig führen.

*Peter Bofinger, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., München 2011, S. 4 f.*

## M 9 ● Das Kreuz mit der Kirche

- Wer kennt nicht das Filmpärchen Don Camillo und Peppone? Der katholische Priester und der kommunistische Bürgermeister, die im Nachkriegsitalien mit Herzblut ihre Feindschaft pflegen. Aus den heimlichen Freunden von einst sind inzwischen ziemlich beste Freunde geworden. Die unterschiedliche Weltansicht von christlicher Kirche einerseits und linker Politik andererseits scheinen zumindest auf dem Gebiet der Wirtschaft weitgehend verschwunden. Das zugegebenermaßen verkürzt diskutierte Papst-Wort „Diese Wirtschaft tötet“ und daran anknüpfende Schriften, wie das Buch des Sozialethikers und Jesuiten Friedhelm Hengsback mit dem Titel „Teilen, nicht töten“, zeigen, wie prononciert die katholische Kirche Kritik an der wirtschaftlichen Ordnung heutzutage formuliert.
- Ähnliche Stimmen hört man auch aus dem evangelischen Umfeld, in der Kritik an der Wirtschaft ist die Ökumene gelebte Realität. In wenigen Tagen findet der Evangelische Kirchentag in Stuttgart statt. Es freut mich sehr, dass das Programm Besuche bei Unternehmen in der Region vorsieht. Denn aus der einst von Max Weber diagnostizierten Wahlverwandtschaft zwischen protestantischer Ethik und unternehmerischem Denken ist ein eher zerrüttetes Familienverhältnis geworden. Viele evangelische Veranstaltungen ähneln inzwischen alternativen Kulturfesten, bei denen das Leid der Welt vor allem einer Ursache zugeordnet wird: dem Handeln der Wirtschaft. Diese sei verantwortlich für Armut und Ungerechtigkeit innerhalb Deutschlands wie global, sie zerstöre die Schöpfung und gefährde die Demokratie, sie sei das goldene Kalb, um das fehlgeleitete Politiker und Manager tanzen.
- Eine marktwirtschaftliche Ordnung kann tatsächlich nie ausschließlich „gut“ sein, denn die Freiheitsgrade, die sie bietet, eröffnen eben auch die Freiheit zum Missbrauch. In der Banken- und Finanzkrise haben wir die Folgen gesehen, wenn regulatorisch und moralisch eine Grauzone zwischen Gemeinwohl förderndem Erfolgstreben und egoistischer Gier zugelassen wird. Jede Form der Marktwirtschaft verlangt deshalb nach permanenter Kritik und permanenter Korrektur, und die Kirchen sind eine sehr relevante Institution, diese



Nikolaus von Bomhard (\* 1956) ist Vorstandsvorsitzender der Munich Re (Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in München).

Kritik zu üben. Was mich an der Wirtschaftskritik der christlichen Kirchen jedoch stört ist, dass die berechtigte Kritik durchaus vorhandener Fehlentwicklungen allzu schnell und allzu oft umschlägt in eine pauschale Systemkritik und in eine diffuse Dämonisierung, die positive Aspekte marktwirtschaftlichen Handelns ausblenden muss.

70 Wenn etwa das UN-Millenniumsziel, die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen zu halbieren, bereits fünf Jahre früher als geplant erreicht wurde, so hat dies selbstverständlich auch etwas mit der globalen Welt der Wirtschaft zu tun. Frühere Entwicklungsländer sind heute prosperierende Schwellenländer; in vielen ehemals armen Regionen der Welt sind breite Mittelschichten entstanden. Hierzulande finanziert die Wirtschaft direkt und indirekt einen ausdifferenzierten Sozialstaat mit einer Vielzahl an Unterstützungsangeboten und monetären Leistungen. Menschen aus aller Welt wollen hier leben und arbeiten. Der Zusammenhang von Marktwirtschaft und Demokratie ist derart eng, dass über viele Jahre die – aus heutiger Sicht leider unerfüllte – Hoffnung bestand, die Einführung eines marktwirtschaftlichen Systems würde auch in Staaten mit repräsentativer Führung mit der Zeit quasi automatisch Bürgerrechte – auch Religionsfreiheit

– und demokratische Institutionen nach sich ziehen.

Unbestritten braucht die Marktwirtschaft einen staatlichen Ordnungsrahmen und auch Umverteilung, um sozial zu sein. Unter dem Strich sehe ich jedoch kein Wirtschaftssystem, in dem christliche Werte besser zur Entfaltung kommen können als in einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Mit der kirchlichen Kritik an der Wirtschaft verbindet sich die Kritik an den dort tätigen Menschen. Manager, nicht nur aus der Finanzwelt, und Unternehmer werden allzu schnell auf das Feindbild eines Gordon Gekko reduziert. Doch gute Christen gibt es auf allen Hierarchieebenen. Viele Manager und Unternehmer arbeiten nach Kräften daran, das ihnen anvertraute Unternehmen verantwortungsvoll zu führen. Ohne wirtschaftlichen Erfolg lässt sich gesellschaftliche Verantwortung nicht dauerhaft wahrnehmen, weder den Mitarbeitern und ihren Familien, den Kunden noch der Umwelt gegenüber. Der Starke kann den Schwachen nicht stützen, wenn man ihn außerhalb der Gemeinschaft stellt. Eine Kirche, die für alle Menschen da sein will, darf sich nicht vor denen verschließen, die sich zur Wirtschaft des Landes zählen.

Als Protestant und verantwortliche Führungskraft von Munich Re bestürzt mich der Graben zwischen Kirche und Wirtschaft, der an einigen Stellen ausgehoben wurde und wird. Hier wird getrennt was meines Erachtens zusammen gehört: unternehmerischer Erfolg, nachhaltiges Wirtschaften und solidarisches Handeln.

*Nikolaus von Bomhard, www.faz.net, 30.5.2015*

### Aufgaben

- 1 Für wie wahrscheinlich halten Sie die Eröffnung einer Bäckerei aus dem Motiv der Nächstenliebe? Beurteilen Sie die Aussagen des Karikaturisten mit Hilfe Ihres Wissens über das ökonomische Verhaltensmodell (M 5).
- 2 Begründen Sie, warum die freie Marktwirtschaft der Planwirtschaft als überlegen gilt (M 6, M 7).
- 3 Vertiefen Sie Ihre Kenntnisse zur Position der Kirchen und führen Sie ein Streitgespräch zwischen Vertretern der Kirchen und Vertretern der Wirtschaft (M 8, M 9).



### 3.2.3 Die Planwirtschaft: Funktion und Grenzen

#### M 10 ● Ein Gedankenspiel

Einmal angenommen, die Bundesrepublik Deutschland würde eine zentrale volkswirtschaftliche Planung einführen und Sie wären die Chefplaner. Unter den Millionen von Entscheidungen für das nächste Jahr müssen auch die getroffen werden, wie viele Sportschuhe hergestellt werden sollen, wer die Sportschuhe produzieren und wer die Sportschuhe bekommen soll. Bilden Sie Gruppen und stellen Sie zusam-

men, welche Informationen Sie für Ihre Produktionsentscheidung aus der Sportschuh-Industrie einerseits und von jedem potenziellen Sportschuh-Konsumenten andererseits benötigen würden. (Bedenken Sie dabei auch, wie Ihre Entscheidungen über die Produktion von Sportschuhen möglicherweise andere Entscheidungen beeinflussen würden, z. B. über die Produktion von Sportbekleidung.)

Autorentext

#### M 11 ● Joseph A. Schumpeter: ein Modell der Zentralverwaltungswirtschaft

Mit sozialistischer Gesellschaft wollen wir ein institutionelles System bezeichnen, in dem die Kontrolle über die Produktionsmittel und über die Produktion selbst einer Zentralbehörde zusteht – oder wie wir auch sagen können, in dem grundsätzlich die wirtschaftlichen Belange der Gesellschaft in die öffentliche und nicht in die private Sphäre gehören. [...] Die Verteilung [...] ist, wenigstens logisch, vollständig getrennt von der Produktion. [...] [Das Gemeinwesen] kann die Wünsche der einzelnen Genossen erforschen oder es kann beschließen, ihnen das zu geben, was die eine oder andere Behörde als das Beste für sie erachtet; das Schlagwort „jedem nach seinen Bedürfnissen“ kann beide Bedeutungen haben. Aber irgendeine Regel muss aufgestellt werden. [...] Nehmen wir an, dass die ethische Überzeugung unseres sozialistischen Gemeinwesens zutiefst egalitär [= gleichheitsorientiert] ist, doch zu gleicher Zeit vorschreibt, es stehe den Genossen frei, unter allen Konsumgütern, die das Ministerium [= Zentralbehörde] zu produzieren fähig und

willens ist, nach Belieben zu wählen, so kann die Gemeinschaft selbstverständlich die Produktion gewisser Waren, zum Beispiel alkoholischer Getränke, verweigern. Wir wollen des weiteren annehmen, dass dem in diesem Fall geltenden Gleichheitsideal dadurch Genüge geschieht, dass jeder Person [...] ein Gutschein ausgehändigt wird, der ihren Anspruch auf eine gewisse Menge von Konsumgütern darstellt, – diese Menge wäre gleich dem in der laufenden Rechnungsperiode zur Verfügung stehenden Sozialprodukt, geteilt durch die Zahl der Berechtigten –; und dass alle Gutscheine im Ende dieser Periode ihre Gültigkeit verlören. Man kann sich diese Gutscheine vorstellen als Ansprüche auf den x-ten Teil aller Nahrungsmittel, Kleider, Haushaltsgegenstände, Häuser, Autos, Filmvorführungen usw., die während der in Betracht stehenden Periode für den Konsum [...] produziert wurden oder werden.

Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 8. Aufl., Tübingen/Basel 2005, S. 268 f., 278 f., 297 f. (Rechtschreibung angepasst)



Gedenktafel in Czernowitz zu Ehren von Joseph A. Schumpeter (1883 – 1950); der österreichische Wirtschaftswissenschaftler untersuchte als Vertreter der Marktwirtschaft die [zerstörerische] Dynamik kapitalistischer Systeme.

## M 12 ● Ideal- und Realtypen

Als „Typus“ bezeichnet man in der Theorie der Sozialwissenschaften ein von der Realität abstrahierendes Konstrukt. Ziel ist es, reale Phänomene (z. B. bestehende Wirtschaftsordnungen) miteinander vergleichbar zu machen bzw. sie Typen zuordnen zu können.

Der deutsche Soziologe Max Weber (1864 – 1920) schöpfte den Terminus „Idealtypus“. Er wird gewonnen, indem man eine „einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte“ (Weber) vorweg gedanklich vornehme. Der vor der Wirklichkeitsanalyse gewonnene Idealtypus reduziert also auf ein oder ganz wenige Merkmale. Idealtypen helfen (soziale) Phänomene zu erklären, indem man sie mit der Realität abgleicht. So entwickelte Weber in der Theorie z. B. drei modellhafte Idealtypen

von Herrschaft („legale“, „traditionale“ und „charismatische“), die bzw. deren Mischformen er in der Wirklichkeit nachzuweisen versuchte.

Ein sogenannter „Realtypus“ kommt zustande, indem man tatsächlich vorhandene Phänomene auf Merkmalsähnlichkeiten „abklopft“. Ein Realtypus soll so viele Ähnlichkeiten wie möglich umfassen und ist daher näher an der Wirklichkeit als der Idealtypus. So sind z. B. die Beschreibungen „plebiszitär“, „parlamentarisch“ und „präsidentiell“ für freiheitlich-demokratische Regierungssysteme Realtypen, die aus dem Vergleich existierender oder historischer Staatsordnungen gewonnen wurden.

*Kersten Ringe, Politischer Entscheidungsprozess und Soziale Marktwirtschaft, Bamberg 2010, S. 163*

## M 13 ● Der desolate Zustand der DDR-Wirtschaft

Warum entwickelte sich die DDR wirtschaftlich viel schlechter als Westdeutschland? Sie kämpfte, neben den Verlusten durch sowjetische Demontagen in der Anfangszeit, mit den inhärenten Schwächen des sozialistischen Planungssystems. Es

gab drei Hauptprobleme, die sich gegenseitig verstärkten: das Koordinations-, das Motivations- und das Innovationsproblem. Schon die frühen Sozialismuskritiker Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek hatten erkannt, warum die Plan-



Typisch für den desolaten Zustand der DDR-Mangelwirtschaft: Menschenschlange vor einem Gemüseladen in Weimar.

wirtschaft scheitern musste: Weil es keine Preise gab, die die relative Knappheit und Begehrtheit von Gütern anzeigen, tappt der zentrale Planer im Dunkel; Ressourcen werden verschwendet. Die Pläne gehen am Bedarf vorbei, ohne Wettbewerb sind die Staatsunternehmen wenig innovativ, machen Verluste und liefern schlechte Qualität.

Im realen Sozialismus der DDR ließen sich diese Schwierigkeiten besichtigen. Die mit großem bürokratischem Aufwand erstellten Wirtschaftspläne mussten ständig korrigiert werden. Es kam zu Stockungen im Produktionsablauf durch die starre Materialzuweisung der Staatlichen Planungskommission (SPK). Außerdem war die Motivation der Arbeiter schwach. Im Frühjahr 1953 befahl die SED-Regierung eine starke Anhebung der Arbeitsnormen, indirekt eine Lohnkürzung. Das löste landesweite Proteste und den Volksaufstand des 17. Juni aus. Auf die fortlaufende Massenauswanderung reagierte Ulbricht im August 1961 mit dem Bau der Mauer.

Die Wirtschaftslage blieb prekär. Ab 1963 versuchte Ulbricht eine Reform: Er wollte das starre Planungssystem lockern und den Betrieben mehr Spielräume geben und sogar eine gewisse Gewinnerorientierung einführen. Das „Neue System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS) versuchte, marktwirtschaftliche Koordinations- und Anreizmechanismen zu imitieren, ohne vom Grundsatz des Kollektiveigentums abzugehen. An dieser Widersprüchlichkeit scheiterte es. 1970 stand das

System vor dem Kollaps, Ulbrichts Planvorgaben waren nicht einzuhalten. Die DDR-Führung erhöhte folglich die Importe aus dem Westen, finanziert durch Kredite. „Wir machen Schulden bei den Kapitalisten bis an die Grenze des Möglichen, damit wir einigermaßen durchkommen“, beichtete Ulbricht der Sowjetführung in Moskau. Zugleich versprach er „einen Sprung nach vorn“. [...]

Die DDR lebte unter Honecker zunehmend von der Substanz und war auf Kredite des Westens angewiesen. 1982 konnte sie den Staatsbankrott nur durch die Milliardenkredite der Bundesrepublik abwenden. Im Herbst 1989 präsentierte der Vorsitzende der Zentralen Planungskommission Gerhard Schürer eine schonungslose Analyse: Nur eine Senkung des Konsumniveaus der Bevölkerung um 25 bis 30 Prozent könne die Zahlungsunfähigkeit abwenden. Tatsächlich kam die DDR-Industrie nur noch auf ein Drittel der West-Produktivität. Dass die industrielle Basis im Osten verrottet war, erkannten die Bonner Politiker aber zu spät. Kohl weckte mit dem Versprechen der „blühenden Landschaften“ falsche Erwartungen. Er glaubte, durch den Verkauf der Staatsbetriebe die Kosten der Wiedervereinigung zahlen zu können. Am Ende machte die Treuhand 270 Milliarden D-Mark Verlust. Hinzu kamen die Transfers durch die Sozialsysteme. Nach Schätzung des ifo Instituts wurden seit 1990 rund 1,6 Billionen Euro in den Osten gepumpt.

*Philip Plickert, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 5.10.2014, S. 18*

### Treuhand

Die Treuhand war eine in der Spätphase der DDR gegründete Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Aufgabe es war, die volkseigenen Betriebe der DDR nach den Grundsätzen der Marktwirtschaft zu privatisieren oder, wenn das nicht möglich war, stillzulegen.

### ifo Institut

Forschungseinrichtung, die sich mit der Analyse der Wirtschaftspolitik beschäftigt und monatlich den ifo-Geschäftsklimaindex ermittelt.

## Aufgaben

- 1 Erläutern Sie für das gleiche Marktsegment wie in M 10, wie die Problemlösung auf einem Wettbewerbsmarkt funktioniert (M 7).
- 2 Vergleichen Sie die Modelle „freie Marktwirtschaft“ (M 6, M 7) und „Zentralverwaltungswirtschaft“ (M 11 – M 13) anhand der Bausteine bzw. Elemente von Wirtschaftsordnungen sowie der zugrundeliegenden Menschenbilder und ihrer realen Grenzen. Vorschlag: Stellen Sie die Aspekte der Wirtschaftsordnungen tabellarisch einander gegenüber. Spalten: freie Marktwirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft; Zeilen: Menschenbild, Lenkung der Wirtschaft, Ausgangspunkt wirtschaftlicher Initiative, Preisbildung, Eigentumsverfassung, Prinzip(ien) der Verteilung, Ermittlung der Lohnhöhe, Grenzen des Systems.

### 3.2.4 Die Marktwirtschaft – frei oder gelenkt?

#### M 14 ● Reale Wirtschaftsordnungen sind Mischtypen

Die große ideologische Konkurrenz der beiden Wirtschaftsordnungen „freie Marktwirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“ gibt es heute nicht mehr. Fast alle Staaten der Erde sind heute Marktwirtschaften. Dennoch unterscheiden sich auch die realen Marktwirtschaften ganz erheblich voneinander. Die Marktwirtschaft in den USA ist eine andere als die Marktwirtschaft in Deutschland. So kennen wir in Deutschland beispielsweise anders als in den USA ein umfassendes staatliches System der sozialen Sicherung. Auch sind die Mehrheit der Unternehmen in Deutschland kleine und mittlere Unternehmen während in den USA große Aktiengesellschaften das Wirtschaftsgeschehen dominieren. Und die Marktwirtschaft in Deutschland unterscheidet sich wiederum deutlich von den Marktwirtschaften der nordischen Länder Europas, bei denen der Staat eine noch größere Rolle spielt. Die Wirtschaftsordnungen Japans und Koreas mit ihren riesi-

gen Industrieagglomeraten (Oligopolen), einem spezifischen System der Abhängigkeiten zwischen Großbanken und Großindustrie und vielfältigem Staatseinfluss stellen noch einmal ganz andere Ausprägungen von Marktwirtschaften dar. Für die Analyse unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen gibt es verschiedene Möglichkeiten. Besonders bekannt geworden ist die von Michel Albert, der den „angelsächsischen Kapitalismus“ dem Modell eines „rheinischen Kapitalismus“ gegenüberstellt; hierzu rechnet man auch die BRD. Andere Autoren unterscheiden zwischen „unkoordinierten oder liberalen“ und „koordinierten“ Marktwirtschaften. Zur Analyse ihrer Funktionsweise und zum typisierenden Vergleich können vier Teilbereiche unterschieden werden: das Finanzsystem, das System der Arbeitsbeziehungen, das Berufsausbildungssystem und schließlich die Beziehungen zwischen Unternehmen.

	„liberaler Kapitalismus“	„koordinierter Kapitalismus“
Finanzsystem	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Dominanz des Kapitalmarktes, d. h. kurzer Zeithorizont</li> <li>• Möglichkeit hoher Risiken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bankendominanz, d. h. langfristige Finanzierung (Hausbank)</li> </ul>
Arbeitsbeziehungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• deregulierte Arbeitsmärkte</li> <li>• keine effektive Mitbestimmung</li> <li>• wenige „veto points“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kooperativ, wichtige Rolle der Gewerkschaften</li> <li>• Lohnaushandlung überbetrieblich</li> </ul>
Berufsaus- und weiterbildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schwerpunkt auf allgemeinen Kenntnissen</li> <li>• keine langen Anlernzeiten</li> <li>• stückweise Weiterbildung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• intensive, berufsbezogene Ausbildung</li> <li>• starke Einbindung der Wirtschaftsverbände und der einzelnen Unternehmen</li> </ul>
Unternehmensbeziehungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• starker Konkurrenzdruck</li> <li>• wenig Möglichkeit zur Kooperation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erhebliche Möglichkeiten zur Kooperation (z.B. Standards oder technologische Zusammenarbeit)</li> </ul>
Beispielländer	USA, GB, Australien	BRD, skandinav. Länder, Schweiz

### M 15 ● Alles Gute kommt von Norden?!

Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland haben geschafft, was manche Ökonomen für unmöglich halten: Die Wirtschaft boomt, und das trotz hoher Steuern und eines gut ausgestatteten Sozialstaats. „Im Durchschnitt übertreffen die nordischen Länder die angelsächsische Konkurrenz in den meisten Dimensionen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit“, behauptete der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Jeffrey D. Sachs im November 2006 in einem Beitrag für den *Scientific American*.

Die allgemeine Begeisterung ist nachvollziehbar. In fast jeder Studie, ob zur Armutsrate, Pressefreiheit oder Lebenserwartung, belegen die Skandinavier die vorderen Plätze. Finnland stellt in der Pisa-Umfrage Jahr für Jahr die schlauesten Schüler. In Dänemark fühlen sich die Arbeitnehmer sicherer als in Deutschland, obwohl ein Viertel von ihnen jedes Jahr den Job wechselt. Die Schwedinnen bringen durchschnittlich 1,8 Kinder zur Welt. Außerdem ist das Gesundheitssystem kostenlos, es gibt ein umfassendes Netz an Kindertagesstätten und das soziale Netz scheint stabil. Politikerdelegationen geben sich in Helsinki, Stockholm oder Kopenhagen seit Jahren die Klinke in die Hand, weil sie wissen wollen, wie es funktioniert – das skandinavische Modell. [...] Was macht das skandinavische Modell aus? Vereinfacht gesagt wird mit hohen Steuern ein gut ausgebauter und in vielen Belangen aktiver Sozialstaat finanziert, der umfassend für seine Bürger sorgt. [...] Unter den skandinavischen Ländern, die jeweils andere Akzente setzen, gilt Schwedens Umsetzung als die Reinform des Modells. Die Konturen

werden etwa beim Vergleich mit Großbritannien deutlich, das die Vorstellung von einem residualen [hier: zurückgezogenen] Wohlfahrtsstaat pflegt und damit in Europa den Gegenpol zu Skandinavien bildet. Der schwedische Spitzensteuersatz beläuft sich auf 56 Prozent, in Großbritannien sind es 40 Prozent. Die Staatsquote, also die Ausgaben der öffentlichen Körperschaften und der Sozialversicherungen, beträgt in Schweden 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Großbritannien sind es 44 Prozent. Nicht zählbare, aber mindestens ebenso wichtige Bestandteile des skandinavischen Systems sind hohe Investitionen in Bildung, Weiterbildung und Forschung, eine kinder- und frauenfreundliche Familienpolitik und starke, aber moderate Gewerkschaften. Für den deutschen Grünen-Politiker Karl-Martin Hentschel ist die Bürgernähe das Besondere des skandinavischen Modells, wie er am 9. März 2007 in der tageszeitung feststellte: „Die Kommunen sind der Staat. Sie kassieren zum Beispiel den größten Teil der Einkommensteuern [...]. Mit dem Zentralstaat hat der normale Bürger nur zu tun, wenn er zum Militär muss, zur Polizei oder zum Gericht – also zu den klassischen Organen des Obrigkeitsstaates. Angesichts der Bedeutung der Kommunen ist es kein Wunder, dass die Bürger bereit sind, hohe Steuern zu zahlen. Sie sehen vor Ort, was damit geschieht.“ Skeptiker meinen, die skandinavische Wirtschaft wachse nicht wegen, sondern trotz eines überdimensionierten Wohlfahrtsstaates – noch.

*Christoph Mayerl, <http://archiv.eurotopics.net> (4.4.2016)*

#### Aufgaben

- 1 Stellen Sie in einem Referat jeweils ein Land mit liberalem und koordiniertem Kapitalismusmodell vor (M 14).
- 2 Arbeiten Sie die Merkmale des „nordischen Modells“ heraus (M 15).
- 3 Nehmen Sie Stellung, welches Wirtschaftsmodell Sie bevorzugen würden (M 14, M 15).



### Die Bedeutung von Anreizen für die Wirtschaftsordnung

Kap. 3.1 / M 2, M 3

Im Zentrum der Ökonomie stehen die Wirkungen von Anreizen. Der Mensch lernt, auf Anreize zu reagieren, negative und positive. So ist zum Beispiel eine zusätzliche Steuer pro Zigarettenpackung ein starker ökonomischer Anreiz gegen den Kauf von Zigaretten. Es liegt im Wesen von Anreizen, dass bereits Geringfügigkeiten zu deutlich geänderten Verhalten führen können. Diesen Mechanismus sehen einige Verhaltensökonominnen als Chance, die Bürger zu richtigen Entscheidungen zu bewegen (libertärer Paternalismus).

### Wirtschaftsordnungen im Vergleich

Kap. 3.2 / M 2, M 3, M 12

Eine Wirtschaftsordnung besteht aus einer jeweils charakteristischen Kombination von Institutionen und Regeln, die als Anreize auf das Verhalten der Akteure wirken. Zu den wichtigsten Anreizstrukturen einer Wirtschaftsordnung zählt man die Planungs- und Lenkungsform, die Eigentumsform, die Markt- und Preisbildungsform sowie die Unternehmensform.

Die Beschäftigung mit den grundlegenden Regeln und Institutionen einer Wirtschaftsordnung ermöglicht auch einen historischen und aktuellen Vergleich unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen. Idealtypisch werden die Wirtschaftsordnungen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft gegenübergestellt.

### Marktwirtschaft

Kap. 3.2 / M 6 – M 8

Bei der Marktwirtschaft handelt es sich um eine Volkswirtschaft, die ihre Ressourcen durch die dezentralisierten Entscheidungen zahlreicher Unternehmen und Haushalte zuteilt, die zu diesem Zweck auf Märkten für Güter und Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) zusammenwirken. Der Bürger kann sich uneingeschränkt wirtschaftlich betätigen (Freiheit des Eigentums, der Berufswahl, der Produktion, Niederlassungsfreiheit/Freizügigkeit, Vertragsfreiheit). Gewöhnlich sind Märkte gute Verfahren für die Koordination von Geschäften. Der Staat übernimmt nur die Minimalaufgaben der inneren und äußeren Sicherheit, der Justiz sowie der Bereitstellung nicht marktförmig handelbarer (öffentlicher) Güter (z. B. Deichbau).

### Zentralverwaltungswirtschaft

Kap. 3.2 / M 11, M 13

Im Unterschied zur Marktwirtschaft wird die Güterverteilung in der Zentralverwaltungswirtschaft nicht über den Markt, sondern über eine staatliche Behörde geregelt. Auch Preise werden festgesetzt und bilden sich nicht über Angebot und Nachfrage. Die Umsetzung (etwa in der DDR) erwies sich als sehr problematisch, denn es kam zu Überschuldung des Staates und Versorgungsengpässen in einer sehr ineffizienten Wirtschaftsordnung.

### Unterschiedliche Marktwirtschaften

Kap. 3.2 / M 14, M 15

Neuere Untersuchungen widmen sich meist den unterschiedlichen Ausprägungen marktwirtschaftlicher Ordnungen. Eine neuere Klassifizierung unterscheidet eine liberale und eine koordinierte Variante der Marktwirtschaft. Liberale Marktwirtschaften (USA, GB) sind geprägt durch hohe Wettbewerbsintensität, hohe Flexibilität der Produktionsfaktoren, geringeres Niveau sozialer Sicherheit, größere Einkommens- und Vermögensunterschiede. Koordinierte Marktwirtschaften (D, CH) sind gekennzeichnet durch geringere Wettbewerbsintensität, geringere Flexibilität der Produktionsfaktoren, höheres Niveau sozialer Sicherheit, höheres Maß an Umverteilung.

## Wieso müssen Patienten lange auf einen Arzttermin warten?

Mehr als die Hälfte der Kassenpatienten wartet beim Facharzt länger als vier Wochen auf einen Termin oder bekommt überhaupt keinen – sofern sie keine dringenden Notfälle sind. Aber wieso dauert es so lange, bis man zur ganz normalen Untersuchung von Rückenschmerzen beim Orthopäden vorgelassen wird? Wieso wurden wir von Kinderärzten und Psychotherapeuten gar reihenweise abgewiesen?

Daran ist natürlich nicht in erster Linie der einzelne Arzt schuld. Es hat vor allem damit zu tun, dass die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten kein freier Markt ist wie etwa die Versorgung mit Lebensmitteln. Sind in einem Supermarkt regelmäßig die Schlangen an der Kasse viel zu lang, gehen die Leute woandershin. Wächst irgendwo plötzlich der Bedarf an Schokolade, Käse und Äpfeln, eröffnet ein neuer Supermarkt. Bei den Ärzten geht das nicht. Die Zahl der Praxen ist beschränkt, den Bedarf bestimmen die Krankenkassen gemeinsam mit den Kassenärztlichen Vereinigungen. Letztere sind die Selbstverwaltung der Ärzte, aber auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die restriktive Bedarfsplanung ist schuld, dass in vielen Städten in Deutschland eine neue Praxis nur eröffnen kann, wenn eine alte schließt.

Wieso ist man so restriktiv? Das liegt daran, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen ihren Ärzten ein Auskommen sichern wollen. Sie sind es, die auch das Honorar verteilen. Von den Krankenkassen bekommen sie eine feste Summe, die auf alle Ärz-

te verteilt wird. Lässt man nun mehr Ärzte zu und werden dann insgesamt mehr Leistungen erbracht, weil etwa langes Warten wegfällt, dann gibt es ein Problem: Es ist trotzdem nicht mehr Geld da. Also bekommt jeder einzelne Arzt im Schnitt weniger für die gleiche Leistung.

Das wollen die Ärzte natürlich nicht. Mit der Marktzutritts-Beschränkung sichern sie, dass jeder Arzt ein Auskommen hat, ein Auskommen, das im Schnitt dem eines Oberarztes in einer deutschen Klinik entspricht. Würde man den Ärzten gestatten, sich unbeschränkt niederzulassen, so wäre das gefährdet. Das verhindern die Ärztevertreter – und haben zur weiteren Dämpfung der Leistungs-Steigerung noch etwas eingeführt: Jede Praxis hat ihr eigenes Budget. Überschreitet sie eine bestimmte Zahl an Kassenpatienten, wird ihr für jeden neuen Patienten weniger gezahlt. [...]

Sein Einkommen nach oben steigern kann der Arzt mit Kassenpatienten nur mäßig. Besser geht das mit Privatpatienten oder mit den Leistungen, die Patienten selbst bezahlen. Dafür gibt es keine Budgets, jede Leistung wird einzeln bezahlt statt als Kopfpauschale, und sie wird oft besser bezahlt.

Kein Wunder, dass die Ärzte Privatpatienten und Selbstzahler bevorzugen. [...] Schließlich ist eine Arztpraxis ein kleines Unternehmen, das gewinnorientiert arbeitet.

*Lisa Nienhaus, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.6.2014, S. 20*

### Aufgaben

- 1 Arbeiten Sie unter Berücksichtigung der Elemente der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft heraus, wieso Patienten lange auf einen Arzttermin warten müssen.
- 2 Erörtern Sie, was sich ändern müsste, damit Patienten nicht mehr so lange auf einen Arzttermin warten müssen.

## 3.3 Die Soziale Marktwirtschaft

### 3.3.1 Wie ist die Soziale Marktwirtschaft entstanden?

#### M 1 ● Der Gründervater Ludwig Erhard und seine Soziale Marktwirtschaft



Der deutsche Politiker Ludwig Erhard (1897–1977) war von 1963 bis 1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, davor von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft. Er nahm als „Vater der D-Mark“ und Begründer der Sozialen Marktwirtschaft entscheidenden Einfluss auf den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der jungen Bundesrepublik. Die Wirtschaftspolitik in der Bonner Republik blieb auch in den folgenden Jahrzehnten eng mit Ludwig Erhards Namen verknüpft und an seinen Konzepten orientiert.

Die junge Journalistin aus Hamburg fuhr im Frühjahr 1948 nach Frankfurt am Main. Sie hatte vor dem Krieg in Königsberg und Basel Volkswirtschaft studiert und ihr Studium mit der Promotion abgeschlossen, anschließend in Ostpreußen ein großes Gut geleitet, den Untergang des Großdeutschen Reiches erlebt, war zu Pferd mit einem kleinen Treck nach Westen geflüchtet wie Millionen ihrer Landsleute auch. Jetzt war sie von der Redaktion einer neu lizenzierten Wochenzeitung auf die Reise geschickt worden, um die erste Pressekonferenz des neuen Direktors der Verwaltung für Wirtschaft im bizonalen Wirtschaftsrat (Wirtschaftsrat der zusammengeschlossenen Besatzungszonen der USA und des Vereinigten Königreichs) zu verfolgen. Ihr Eindruck von dem bis dahin gänzlich unbekanntem Mann, von seinen Visionen? Blankes Entsetzen. Marion Dönhoff berichtete anschließend ihren Redaktionskollegen von

der ZEIT: „Wenn Deutschland nicht schon eh ruiniert wäre, dieser Mann mit seinem absurden Plan, alle Bewirtschaftungen in Deutschland aufzuheben, würde das ganz gewiss fertigbringen. Gott schütze uns davor, dass der einmal Wirtschaftsminister in Deutschland wird.“ Der Mann, vor dem sie so nachdrücklich warnte, hieß Ludwig Erhard – von 1949 bis 1963 Bundeswirtschaftsminister, anschließend für drei Jahre Adenauers Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers und einer der Gründerväter der zweiten deutschen Republik.

Würde Erhard heute wieder antreten und seine Konzeption vorstellen, die Geschichte würde sich wiederholen: Medialer Hohn und Spott, ja Verachtung für seine „neoliberalen“ Rezepte wären ihm sicher. Jene Soziale Marktwirtschaft, auf die sich heute alle Parteien bis hin zur Linken berufen, hat mit seiner eigenen Konzeption kaum noch etwas zu tun. Wer in seinem gerade wieder aufgelegten Bestseller von 1957 [...] mit dem programmatischen Titel *Wohlstand für alle* blättert [...], wird aus dem Staunen nicht mehr herauskommen. 50 Jahre her – und doch ist's, als sei kein Tag vergangen. Dort steht etwa: „Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: Ich will mich aus eigener Kraft bewähren. Ich will das Risiko meines Lebens selbst tragen. Ich will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ Der Ruf darf nicht lauten: „Du, Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und helfe mir“, sondern umgekehrt: „Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir vom Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein

65 Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin.“ [...] Was war diese ominöse, diese rätselhafte und daher heute von jedem im eigenen Sinne ausgelegte Soziale Marktwirtschaft für ihn? Nicht der unbeschränkte, freie Markt! Das nannte er „Freibeutertum“. Nein, dem Staat wurde in seinem Konzept eine beträchtliche Rolle zugewiesen: Regeln, Rahmenbedingungen für den Wett-

bewerb festlegen, deren Einhaltung über- 75 wachen, Kartelle bekämpfen, qualifizierte Ausbildung für möglichst viele sichern, den Einzelnen vor den schlimmsten Folgen wirtschaftlichen Scheiterns bewahren – aber eben nicht eine immer umfassendere 80 Versorgung und am Ende soziale Gleichheit auf niedrigstem Niveau.

*Daniel Koerfer, in: agora 42, 01/2010, S. 95 ff.*

## M 2 ● Die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft – gegen Widerstände

Dem allgemeinen Willen zum Wiederaufbau stehen im Nachkriegsdeutschland [nach 1945] vielfältige Hindernisse entgegen: Zu den Kriegsschäden, die freilich für 5 den industriellen Bereich in ihrem Ausmaß zunächst überschätzt worden sind, kommen die alliierten Demontagen, Rohstoffknappheit und Transportprobleme erweisen sich bald als ebenso hemmend wie die 10 schlechte Ernährungslage. Nicht zuletzt ist der Wirtschaftskreislauf durch die Zerrüttung der Reichsmark-Währung und den Mangel an Waren jeder Art nachhaltig gestört; Zwangsbewirtschaftung und Schwarzer Markt bestimmen das Bild. [...] Nicht 15 nur Kommunisten und Sozialdemokraten können sich 1945 [in Westdeutschland] einen Wiederaufbau allein unter sozialistischem Vorzeichen vorstellen. [In der Sow- 20 jetischen Besatzungszone (später DDR) wird sehr schnell eine Zentralverwaltungswirtschaft installiert.] Bis weit in die Rei-

hen der CDU reichen die Befürworter einer Sozialisierung des Bergbaus und der Schlüsselindustrien, einer Umverteilung 25 des landwirtschaftlichen Besitzes, eines umfassenden Ausbaus der Mitbestimmungsrechte [für Arbeitnehmer in Privatbetrieben] und lenkender Eingriffe des Staates in die Wirtschaft (Ahlener Pro- 30 gramm vom Februar 1947). [...] Erst im Zeichen von Marshall-Plan und Währungsreform vollzieht sich ein Umschwung. Eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und 35 Deutscher Partei unterstützt im Frankfurter Wirtschaftsrat die von Ludwig Erhard initiierte Politik der Sozialen Marktwirtschaft [nach dem Konzept von Alfred Müller-Armack].

*Fragen an die deutsche Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart. Historische Ausstellung im Reichstagsgebäude Berlin. 10., neu bearbeitete Auflage, Bonn 1984, S. 357 f.*

### Marshall-Plan

Wiederaufbauprogramm (1948-1952) der USA in Form von Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln, Waren für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg in Höhe von insg. 13,1 Milliarden US-Dollar (entspricht 2010 ca. 80,3 Milliarden US-Dollar).

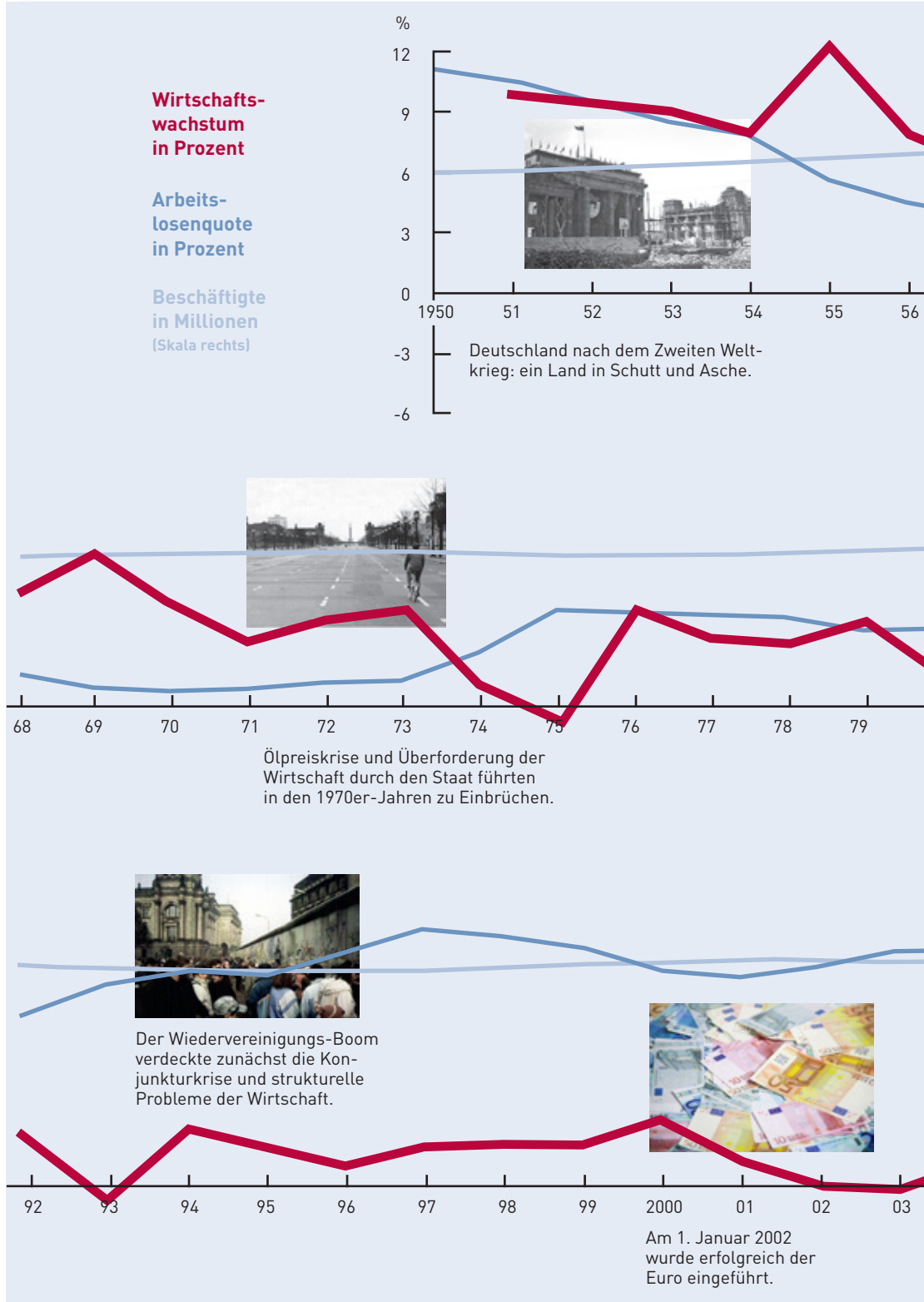
### Währungsreform

Hier der Wechsel der Währung von der faktisch wertlosen Reichsmark in die D-Mark 1948 in den drei westlichen Besatzungszonen (ab 1949 Bundesrepublik Deutschland).

## Aufgaben

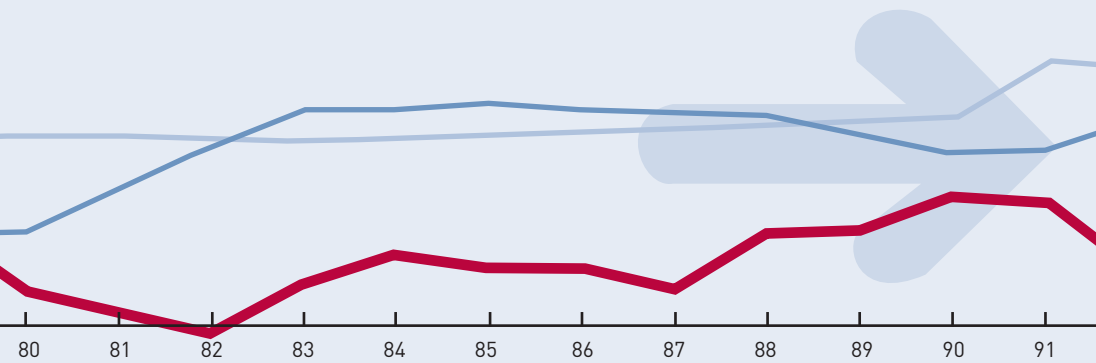
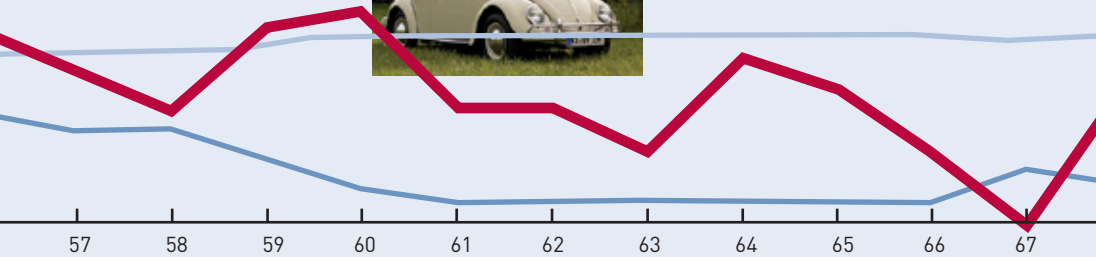
- 1 Stellen Sie dar, wie sich in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg das Modell der Sozialen Marktwirtschaft durchsetzte (M 1, M 2).
- 2 Erstellen Sie auf der Basis von M 3 (folgende Seite) gemeinsam eine Collage zur Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (in Zusammenarbeit mit Geschichte).
- 3 Recherchieren Sie die Hintergründe der verschiedenen Rezessionsphasen (M 3) und ergänzen Sie das Schaubild entsprechend.

**M 3 ● Wichtige Stationen der Sozialen Marktwirtschaft**





Der VW-Käfer: Symbol für den breiten Wirtschaftsaufschwung der 1960er-Jahre.



Durch die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in den 1980er-Jahren wurden in den alten Bundesländern über drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.



2008/2009: Beginn der weltweiten Finanz- und Staatsschuldenkrise

### Die drei zentralen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

(1) Nach dem **Wettbewerbsprinzip** muss der Staat dafür Sorge tragen, dass in allen Branchen und Sektoren möglichst (große) Konkurrenz herrscht. Monopole und Oligopole sind zu verhindern. In Deutschland übernehmen das Bundeskartellamt und der Bundeswirtschaftsminister diese Aufgabe.

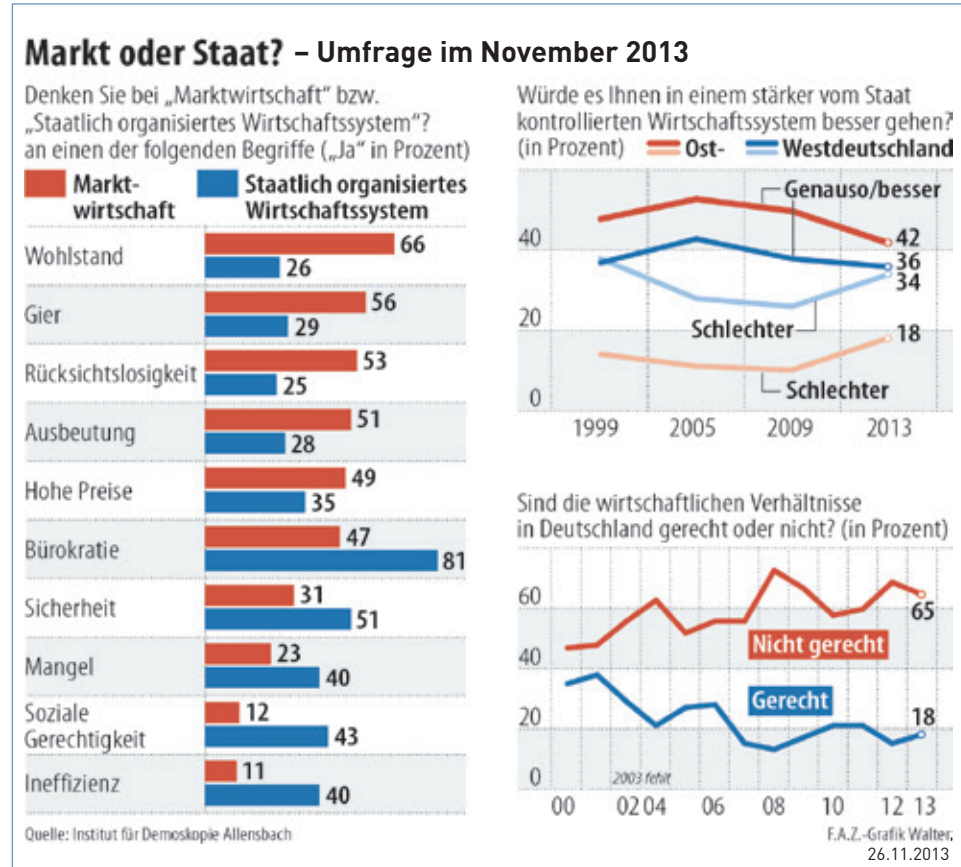
(2) Das **Prinzip der Marktkonformität** besagt, dass kein (wirtschafts-)politischer Eingriff des Staates die Preisbildung aus Angebot und Nachfrage stören darf (z. B. dürfen Vermieter keine festen Quadratmeterpreise vorgeschrieben werden).

(3) Allerdings bleibt es nach dem **Sozialstaatsprinzip** möglich, aus sozialen Gründen Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen, sodass sie (durch Konsum) am Markt teilnehmen können (z. B. Finanzierung der Wohnungsmiete). Wie stark das Sozialstaatsprinzip gewichtet wird, ist von der jeweiligen Konstellation in den politischen Entscheidungsgremien und der gesellschaftlichen Situation abhängig.

*Kersten Ringe, Politischer Entscheidungsprozess und Soziale Marktwirtschaft, Bamberg 2010, S. 167*

## 3.3.2 Welches sind die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft?

### M 4 ● Markt oder Staat?



### M 5 ● Markt und Staat im Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft

- Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf den Funktionen eines beweglichen und sich dynamisch entwickelnden Marktes.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist angetrieben mit dem Anspruch, durch den marktwirtschaftlichen Prozess nicht nur die Gütererzeugung anzuheben, den Bereich persönlicher freier Gestaltungsmöglichkeiten für die Einzelnen zu erweitern, sondern auch soziale Fortschritte zu bringen.
- Die Soziale Marktwirtschaft fordert keinen schwachen Staat, sondern sieht in einem starken demokratischen Staat die Voraussetzungen für das Funktionieren dieser Ordnung. Der Staat hat nicht nur der Sicherung der Privatrechtsordnung zu dienen, er [hat] [...] sich für die Erhaltung eines echten Wettbewerbs [...] einzusetzen. Die vom Staat zu sichernde Wettbewerbsordnung wehrt zugleich Machteinflüsse auf dem Markt ab.
- Garant des sozialen Anspruchs der Marktwirtschaft ist nicht nur der Markt, dessen wirtschaftliche Leistungen sehr oft schon sozialen Fortschritt bedeuten. Der Staat hat vielmehr die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus

dem Markt resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen, wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Renten, Pensionen, Sozialsubventionen und so weiter, zu ermöglichen. Das alles gehört zum Wesen dieser Ordnung, und es wäre eine Farce [hier: Unsinn], nur den unbeeinflussten Marktprozess zu sehen, ohne seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung zu beachten. Das bedeutet keineswegs ein Hinüberwechseln aus dem Markt in den staatlichen Bereich, sofern man sich dabei bewusst ist, dass die Mittel, die der Staat transformiert [hier: umleitet], von der wirtschaftlichen Leistung des Marktes abhängig bleiben und marktkonform sein müssen. Es muss die Grenze eingehalten werden, deren Überschreitung eine Störung der Marktvorgänge bewirkt.

5. Neben den engeren Aufgaben der Wettbewerbssicherung und den weiteren Aufgaben des sozialen Schutzes steht der Staat seit je und heute bewusster als früher vor Aufgaben der Gesellschaftspolitik, um die [...] Lebensumstände für alle zu verbessern. [...] Ich nenne Erweiterung der Vermögensbildung, Verbesserungen der Investitionen im Bereich des Verkehrs, des Gesundheitswesens, Aufwendungen für Bildung und Forschung, Schutz gegen die wachsende Verschlechterung vieler Umweltbedingungen, Städtebauförderung.

6. Die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft schließt also alle Ziele, die wir auch für eine weitere Zukunft ins Auge



Alfred Müller-Armack, deutscher Ökonom (1901–1978), prägte den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ und unterstützte Ludwig Erhard u. a. als Staatssekretär im Wirtschaftsressort dabei, das Konzept nach dem Zweiten Weltkrieg politisch umzusetzen.

zu fassen haben, ein. Sie bleibt insofern Marktwirtschaft, als sie darauf besteht, dass das durch freie Betätigung aller Gruppen gesicherte Privateigentum, eine gesicherte Rechtsordnung und stetes Wirtschaftswachstum auch [...] in der Zukunft die besten Grundlagen bieten, um die Fülle der vor uns stehenden Aufgaben im staatlichen und privaten Bereich zu fördern. [...] Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Stil, der ein festes Formprinzip mit der Fülle der Gestaltungsmöglichkeiten im Einzelnen verbindet.

*Alfred Müller-Armack, Unser Jahrhundert der Ordnungsexperimente, in: Genealogie der sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, 2. Aufl., Bern/Stuttgart 1981, S. 150*

## Aufgaben

- 1 Analysieren Sie die Grafiken in M 4.
- 2 Werten Sie M 5 aus. Stellen Sie zunächst die zentralen Aussagen des Textes zusammen. Analysieren Sie nun die Ideen Müller-Armacks in Bezug auf sein Menschenbild und die Auffassung über die Rolle des Marktes und des Staates. Erstellen Sie abschließend eine Wandzeitung, auf der Sie diese Ideen darstellen.
- 3 Vielfach wird die Soziale Marktwirtschaft als „dritter Weg“ zwischen freier Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft bezeichnet. Beurteilen Sie diese Einordnung (M 5).

### 3.3.3 Warum sind Monopole gefährlich? Das Wettbewerbsprinzip in der Sozialen Marktwirtschaft

#### M 6 ● Kartellamt verhängt Millionenbußgeld gegen Brauereien

Es sind einige der bekanntesten deutschen Brauereien: Wegen verbotener Preisab-  
 sprachen bei Bier verhängte das Bundes-  
 kartellamt Geldbußen in einer Gesamthöhe  
 5 von 106,5 Millionen Euro. Zahlen müssen  
 die Brauereien Bitburger, Krombacher, Vel-  
 tins, Warsteiner und die Privatbrauerei  
 Barre aus Lübbecke – auch gegen sieben  
 Manager seien Strafen verhängt worden,  
 10 wie die Behörde in Bonn mitteilte. Die Ab-  
 sprachen sollten zu höheren Preisen für  
 Fass- und Flaschenbier führen.  
 Das Kartellverfahren geht auf Informatio-  
 nen des Beck's-Herstellers Anheuser-Busch  
 15 InBev Germany Holding GmbH zurück, der  
 als Kronzeuge ohne Geldbuße bleibt. [...] Andreas Mundt, Präsident des Bundeskar-  
 tellamts, erklärte am Montag das Vorgehen  
 der Behörde: „Durch unsere Ermittlungen  
 20 konnten wir Absprachen zwischen Braue-  
 reien nachweisen, die überwiegend auf

rein persönlichen und telefonischen Kon-  
 takten beruhen. Für Fassbier wurden die  
 Preiserhöhungen der Jahre 2006 und 2008  
 in der Größenordnung von jeweils fünf bis 25  
 sieben Euro pro Hektoliter abgesprochen.  
 Für Flaschenbier wurde in 2008 eine Preis-  
 erhöhung abgesprochen, die zu einer Ver-  
 teuerung des 20-Flaschen-Kastens von ein-  
 nem Euro führen sollte.“ 30  
 In gemeinsamen Treffen und bilateralen  
 Kontakten hätten zunächst die überregio-  
 nal tätigen Brauereien eine Preiserhöhung  
 vereinbart. Anschließend hätten sich eini-  
 ge der überregional tätigen Brauereien (AB 35  
 InBev, Veltins und Warsteiner) mit in  
 Nordrhein-Westfalen tätigen regionalen  
 Brauereien (unter anderem Barre) auf Sit-  
 zungen des regionalen Brauereiverbands  
 im Juni 2006 und September 2007 über 40  
 diese Preiserhöhungen abgestimmt.  
*nck, Spiegel online, 13.1.2014*

#### M 7 ● Die Gefährdung des Wettbewerbs – eine permanente Herausforderung

Schon immer waren Unternehmen, aber  
 auch Staaten daran interessiert, lästige Kon-  
 kurrenten möglichst von ihren Märkten  
 fernzuhalten. So kontrollierte die Niederlän-  
 5 dische Ostindien-Kompanie während des  
 gesamten 17. und 18. Jahrhunderts den lu-  
 krativen Gewürzhandel von Indien nach  
 Europa. Zur Zeit der Industrialisierung und  
 auch später während der Weimarer Republik  
 10 war es gang und gäbe, dass wichtige Güter  
 von nur einem oder wenigen Unternehmen  
 angeboten wurden, die überdies unterein-  
 ander die Preise absprachen. In letzterem  
 Fall spricht man von Kartellen, die in ihrer  
 15 wettbewerbsbeschränkenden Wirkung den  
 Monopolen kaum nachstehen. Das war ein  
 wichtiger und berechtigter Kritikpunkt am  
 kapitalistischen Wirtschaftssystem, auch

aus Sicht von liberalen Ökonomen.  
 Schon Adam Smith, der Urvater der klassi- 20  
 schen Volkswirtschaftslehre, erkannte die  
 Gefahr: Unternehmer aus demselben Ge-  
 werbe kämen selten zusammen, „ohne dass  
 ihre Unterhaltung mit einer Verschwörung  
 gegen das Publikum oder einem Plan zur 25  
 Erhöhung der Preise endigt“, schrieb er  
 1776. Es dauerte allerdings noch mehr als  
 100 Jahre, bis die Vereinigten Staaten mit  
 dem Sherman Antitrust Act von 1890 als  
 erstes Land entschlossen gegen markt- 30  
 beherrschende Unternehmen vorgingen.  
 Deutschland folgte dem Beispiel erst 1957  
 mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbe-  
 schränkungen, wobei man viele Ausnah-  
 35 men machte. Was ist nun eigentlich so  
 schlimm an Monopolisten? Ganz einfach:

Sie verlangen praktisch immer überhöhte Preise, gemessen an den tatsächlichen Kosten. Das geht nicht nur zu Lasten der Verbraucher, es mindert auch den Zwang, sich um Effizienz und gute Qualität der Produkte zu bemühen. Bei Streichhölzern mag das nicht so schlimm sein. Aber wenn es um die marktbeherrschende Stellung eines Software-Unternehmens wie Microsoft geht, hört der Spaß auf. Zumal ein so marktmächtiger Anbieter auch dazu neigt, sinnvolle Produkte anderer Anbieter durch technische Tricks vom Markt fernzuhalten. Es sind schon zahlreiche Prozesse wegen solcher Machenschaften geführt worden. Die Wettbewerbshüter sind dabei allerdings oft in schwieriger Beweislage. Ein Problem besteht darin, überhöhte Preise von ganz normalen Marktreaktionen abzugrenzen. Wenn etwa wieder einmal das Benzin an der Tankstelle teurer wird, kann das ja auch an steigenden Rohölpreisen, einem höheren Dollarkurs oder höheren Steuern liegen. Auch dass alle Tankstellen mehr oder weniger gleichzeitig die Preisschilder auswechseln, ist noch kein Beweis für Preisabsprachen. In einem echten Wettbewerbsmarkt würde bei steigenden Einkaufspreisen nämlich genau das Gleiche passieren.

Auch ein Vergleich der Preise mit den Kosten hilft nicht immer weiter. Denn die Kosten können von den Unternehmen leicht nach oben manipuliert werden, indem sie teure Bürotürme bauen und überhöhte Gehälter – vorzugsweise an Vorstände – zahlen. Augenfällige Beispiele dafür sind in Deutschland Energieversorgungsunternehmen, aber auch kommunale Stadtwerke mit ihren Gebietsmonopolen. Darum ist Monopolkontrolle in der Praxis ziemlich schwierig. Besser ist es allemal, marktbeherrschende Stellungen gar nicht erst entstehen zu lassen. Aber auch das ist einfacher gesagt als getan. So hat der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter schon 1911 darauf hingewiesen, dass im Grunde jeder Erfinder eines neuen Produktes zunächst eine Monopolstellung gewinnt. Darin bestehe ja gera-

de der Anreiz, als Pionierunternehmer immer wieder neue Güter auf den Markt zu bringen. Im Laufe der Zeit werden allerdings zunehmend Imitatoren auftreten, so dass die anfänglichen Gewinne im Konkurrenzkampf schmelzen. Dieser ständige Wettlauf zwischen Innovation und Imitation, den Schumpeter als „Prozess der schöpferischen Zerstörung“ bezeichnete, ist wohl das Wichtigste an der Wettbewerbsidee. [...] Bei manchen Gütern wie zum Beispiel Eisenbahnen, Stromversorgung und Telefon war man sogar lange Zeit der Meinung, dass es hier prinzipiell keinen Wettbewerb geben könne. Das Argument war immer das gleiche: Es sei nicht sinnvoll, mehrere Eisenbahngleise, Telefonleitungen oder Postlinien parallel zu unterhalten, nur um Wettbewerb zu schaffen. Deshalb wurde jeweils nur ein Unternehmen als Anbieter solcher Güter zugelassen. Ein angenehmer Nebeneffekt für den Staat waren die Monopolgewinne, an denen er kräftig partizipierte.

Inzwischen denkt man anders über die natürlichen Monopole. Vor allem die EU macht seit den 1980-Jahren Druck, auch diese Märkte zu liberalisieren. [...] Wie heilsam sich die Öffnung für mehrere Anbieter auswirkt, hat nicht zuletzt die Liberalisierung des Telefonmarktes gezeigt: Während zu Zeiten der Bundespost ein farbiges Tastentelefon der Gipfel des Komforts in Deutschland war, ist die heutige Angebotsvielfalt an Endgeräten gar nicht mehr zu überblicken. Gleichzeitig sind auch noch die Preise für das Telefonieren kräftig gefallen und Abertausende neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Das hat zwar auch etwas mit der technischen Entwicklung zu tun. Aber auch der technische Fortschritt kommt unter Wettbewerbsbedingungen viel schneller voran als unter einem trägen Monopolisten, der mangels Konkurrenz nur noch sein Geld zählen muss.

*Ulrich van Suntum, in: Rainer Hank (Hg.), Erklär mir die Welt. Was Sie schon immer über Wirtschaft wissen wollten, 2. Aufl., Frankfurt/M. 2008, S. 167 ff.*

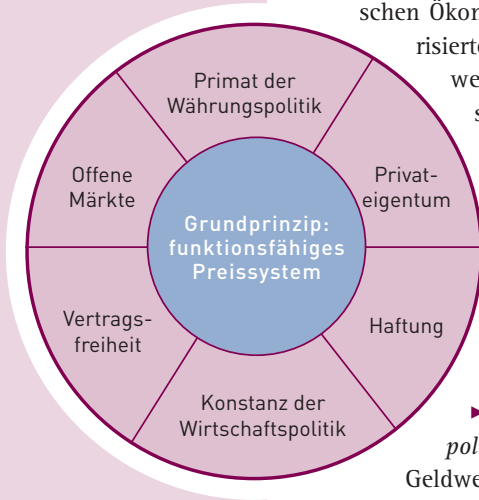
### Die Hüter des Wettbewerbs

Für die Kontrolle und Anwendung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) sind grundsätzlich das **Bundeskartellamt** und der **Bundeswirtschaftsminister** sowie auf europäischer Ebene die **Europäische Kommission** zuständig. Das Bundeskartellamt ist eine nachgeordnete Behörde des Bundeswirtschaftsministeriums. Zu ihren Aufgaben gehört z. B. die Überwachung und Durchsetzung des Kartellverbots, die Genehmigung von anmeldepflichtigen Kartellen, die Fusionskontrolle, die Missbrauchsaufsicht sowie die Wahrnehmung der Aufgaben im Zusammenhang mit Wettbewerbsregeln des AEU-Vertrags. Das Kartellamt ist von politischen Weisungen unabhängig und trifft seine Entscheidungen nach Wettbewerbsgesichtspunkten. Verstöße gegen das GWB werden als Ordnungswidrigkeit mit teils hohen Bußgeldern geahndet.



## M 8 ● Alles dreht sich um den Preis: die konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung

Für die Herstellung der von [dem deutschen Ökonomen Walter] Eucken favorisierten *Wettbewerbsordnung* erweisen sich folgende „Konstituierende Prinzipien“ als fundamental [...]:



- ▶ ein *funktionierendes Preissystem* vollständiger Konkurrenz, das als wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip aufzufassen ist,
- ▶ ein *Primat der Währungspolitik*, das insbesondere die Geldwertstabilität in der Wirtschaftsordnung gewährleistet,
- ▶ *offene Märkte*, um das Konkurrenzele-

ment in der Wirtschaftsordnung zu beleben und Wettbewerb zu ermöglichen, 20

- ▶ *Privateigentum an Produktionsmitteln*, wobei private Marktmacht einzuschränken bzw. zu verhindern ist,
- ▶ das Prinzip *Vertragsfreiheit*, das jedoch nicht zur Wettbewerbsbeschränkung genutzt werden darf, 25
- ▶ das *Haftungsprinzip*, das die persönliche Verantwortung des Unternehmers oder der Entscheidungsträger in einer Unternehmung unterstreicht, 30
- ▶ die *Konstanz der Wirtschaftspolitik* sowie die gemeinsame Verwirklichung *aller* hier genannten „Konstituierenden Prinzipien“.

Nach: Arne Stemmann, *Unterricht Wirtschaft + Politik* 2/2011, S. 51

## M 9 ● „Facebook ist viel gefährlicher als Google“



Justus Haucap (\* 1969), seit 2009 Professor für Volkswirtschaftslehre sowie von 2008 bis 2012 Vorsitzender der Monopolkommission

Herr Professor, ist Google zu mächtig?

Haucap: Die Anreize zu verzerren, sind auf jeden Fall vorhanden, Google hat eine marktbeherrschende Stellung. Es muss daher Regeln geben, die auf EU-Ebene durchgesetzt werden. Eine Entflechtung, wie sie manche Politiker gefordert haben, ginge aber zu weit. Sie wäre auch verbraucherfeindlich.

10 Wieso?

Nehmen wir als Beispiel die Suchmaschine: Dürfte Google eigene Dienste nicht mehr prominent einbauen, könnte es beispielsweise keine Karte mehr anzeigen, wenn man eine Adresse eintippt, sondern nur noch den Link zu Google Maps und anderen Anbietern.

15 In Deutschland scheint kaum jemand Probleme mit der Praxis zu haben – mehr als 90 Prozent der Deutschen suchen über Google. Der Vorschlag der EU-Kommission, dass Links zu Google-Webseiten wie Maps farblich gekennzeichnet werden müssen, ist daher sehr gut. Das sorgt für Transparenz.

Verbraucher könnten frei entscheiden, 25 welchen Dienst sie nutzen.

Halten Sie Monopole im Internet generell für gefährlich? Paypal-Gründer Peter Thiel argumentiert beispielsweise, dass Fortschritt immer durch Monopole ent- 30 stünde, die durch bessere abgelöst werden.

Das ist naiv. Monopole und marktbeherrschende Stellungen bieten immer Anreize, sie zu missbrauchen. Die Besonderheit am 35 Internet ist, dass es Netzwerkeffekte gibt: Für Menschen lohnt es, dorthin zu gehen, wo die anderen sind. Das sieht man extrem bei Sozialen Netzwerken wie Facebook.

Sind vermeintliche Monopole im Internet immer nur temporär? 40

Bei vielen Monopolen ist das so. Wer kennt heute noch MySpace oder StudiVZ? Selbst Facebook verliert bei jungen Leuten schon an Attraktivität. 45

Ist Facebook also das nächste Monopol, das abgelöst wird?

Ich glaube nicht. Ich halte die Position von

Facebook sogar für viel gefährlicher als die  
50 von Google. Wer Google nicht benutzen  
möchte, kann problemlos andere Suchma-  
schinen verwenden. Facebook kann man  
hingegen nur ohne Verluste verlassen, wenn  
es die Freunde auch tun. Auch die Daten-  
55 schutzproblematik ist hier wesentlich größer.  
**Hat die Politik verschlafen, einheitliche  
Regeln für das Netz aufzustellen?**

Die Politik pennt ja immer. In vielen Berei-  
chen ist es so, dass man korrigierend hin-  
60 terherläuft – das ist unvermeidbar. Die Po-  
litik kann nicht im Voraus für mögliche  
zukünftige Erfindungen Regeln schaffen.  
Man sollte im Gegenteil häufiger alte, sta-  
tische Regeln abschaffen.

65 **Nehmen wir Uber. [Der] umstrittene An-  
bieter will Taxifahrern durch die Vermitt-  
lung privater Fahrer Konkurrenz machen,  
ist hier bislang aber verboten.**

Die Frage ist: Kann man nicht Regeln  
70 schaffen, dass solche Dienste rechtskon-  
form in Deutschland betrieben werden  
können?

**Verdi wirft Uber vor, das Geschäftsmodell  
bestehe aus Lohndumping.**

75 Es ist ja nicht so, dass es im Taxi-Gewerbe  
früher nur sozialversicherungspflichtige  
Jobs gab. Dort blüht seit jeher die Schwarz-  
arbeit, weil es viele Fahrer und wenige  
Konzessionen gibt. Dass Uber jetzt in den  
80 Markt kommt, verschlechtert nicht die Si-  
tuation der Taxifahrer – im Gegenteil, sie  
erhalten mehr Optionen.

**Entsteht durch Dienste wie Uber nicht  
vielmehr ein neues Prekariat, wenn Ar-  
85beitsplätze für Niedrigqualifizierte ver-  
schwinden?**

Es könnten auch neue Jobs entstehen. Ich  
glaube nicht, dass sich alle Jobs bald flä-  
chendeckend ablösen lassen durch eine  
Schar von Tagelöhnern, die wie früher am 90  
Hafen auf Zuruf Bananenkisten auspacken.  
Die Mitarbeiterbindung hat Vorteile, weil  
die Unternehmer verlässliche Leute haben,  
auf die sie immer wieder zugreifen können.  
Es wird auch immer wieder über die 95  
Netzneutralität diskutiert: Netzanbieter  
würden gerne Dienste gegen Gebühr be-  
vorzugt weiterleiten, weil sie nur so die  
Kosten für den Netzausbau verdienen  
könnten. Würde das nicht den Wettbe- 100  
werb behindern?

Letztlich ist die Idee, dass man eine Pro-  
dukt- und Preisdifferenzierung vornimmt  
– wie im Luftverkehr, dort gibt es ja auch  
eine erste und eine zweite Klasse. Ich finde 105  
das nachvollziehbar.

**Ist es nicht innovationsfeindlich, weil  
eine möglicherweise bessere Technologie  
nicht mehr unter gleichen Bedingungen  
mit anderen konkurrieren könnte, die 110  
durch die Finanzkraft ihrer Eigentümers  
schneller durch das Netz geleitet werden?**  
Das glaube ich nicht. Es gibt in Deutsch-  
land ausreichend Konkurrenz zwischen  
Netzanbietern. Wenn einer diesen schlech- 115  
teren Dienst anbietet, weil er dafür Geld  
bekommt, wäre das ja ein gefundenes Fres-  
sen für den Wettbewerber. Wenn Wettbe-  
werb und Transparenz erhalten bleiben,  
sollte der Markt die Probleme weitestge- 120  
hend regeln.

*Justus Haucap, Rheinische Post, 21.2.2015; das Ge-  
spräch führten Maximilian Plück und Florian Rinke*

## Monopol

Als Monopol bezeichnet man eine Marktsituation (Marktform), in der für ein ökonomisches Gut nur ein Anbieter vorhanden ist.

## Aufgaben

- 1 Erläutern Sie, warum es in der Marktwirtschaft zur Bildung von Monopolen kommt (M 6, M 7).
- 2 Fassen Sie zusammen, welche negativen Auswirkungen Monopole für die Wirtschaft haben (M 7).
- 3 Erläutern Sie anhand von selbst gewählten Beispielen, wie die konstituierenden Prinzipien zum Funktionieren der Wettbewerbsordnung beitragen (M 8).
- 4 Professor Haucap nimmt eine sehr differenzierte Position zur Gefährdung des Wettbewerbs durch Monopole ein (M 9). Beurteilen Sie seine Sichtweise.

### 3.3.4 Worin besteht das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft?

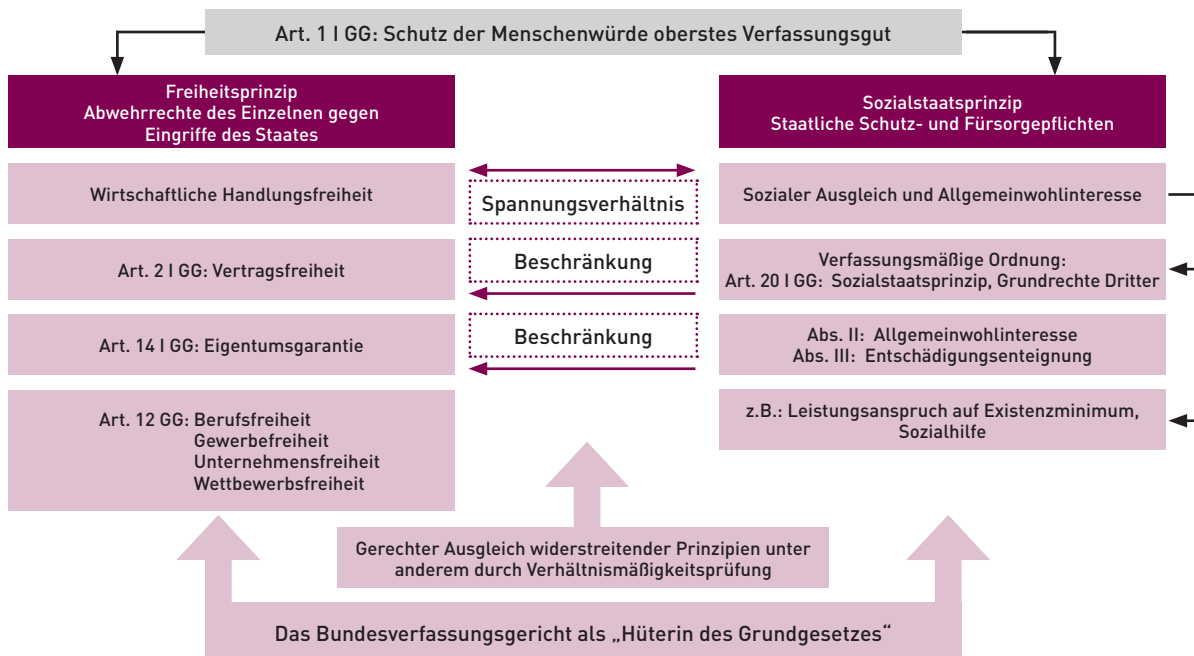
#### M 10 ● Das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz

a) Das [...] Sozialstaatsangebot ist [...] inhaltlich unbestimmt – legt also nicht fest, welche sozialpolitischen Leistungen in welcher Höhe und Reichweite erforderlich sind –, aber das Bundesverfassungsgericht hat das Sozialstaatsprinzip in seiner Rechtsprechung mehrfach als Verpflichtung des Staates interpretiert, für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen sowie die Existenzgrundlagen der [...] Bürger zu sichern und zu fördern. Demokratie und Sozialstaat bedingen demnach einander: Denn die gleichberechtigte gesellschaftliche und politische Teilhabe aller [...] Bürger ist nur dann gewährleistet, wenn die formal verbürgten Freiheitsrechte auch materiell und sozial fundiert sind.

*Gerhard Bäcker u. a., Sozialpolitik und soziale Lage – Bd. 1, 4. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 71-74*

b) Mit der Entscheidung für den Sozialstaat wird die immer wieder gestellte Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zu einem leitenden Prinzip aller staatlichen Maßnahmen erhoben. Die Sozialstaatlichkeit bezeichnet den Inbegriff aller Pflichten des Staates, die Achtung der Menschenwürde (Art. 1,1) und das damit unlösbar verbundene Rechtsstaatsprinzip speziell im sozialen Bereich zu verwirklichen. [...] Aus dem Sozialstaatsprinzip ergibt sich in Verbindung mit dem Grundrecht der Würde des Menschen ein Anspruch des Einzelnen gegen den Staat, für ihn im Falle seiner – verschuldeten oder unverschuldeten – Bedürftigkeit so zu sorgen, dass sein Existenzminimum gesichert ist („Fürsorgeanspruch“). Der Bundesgesetzgeber hat dementsprechend ein Gesetz erlassen, das

#### Verfassungsrechtliche Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft



20 die Einzelheiten der Sozialhilfe regelt. Der Staat ist verpflichtet, im weiten Bereich der sog. „Daseinsvorsorge“ (z.B. Versorgung mit Gas, Wasser, Strom; Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel; Gesundheitsvorsorge, Schulwesen, Arbeitsvermittlung) 25 Leistungen zugunsten des Einzelnen zu erbringen. Er [...] kann dafür eine zumutbare Gegenleistung in Geld fordern. [...] Die Zwangsversicherung bestimmter Gruppen ist ebenfalls Ausfluss des Sozialstaats-

prinzips. Die Vorsorge für Krankheit, Alter, Unfall usw. rechtfertigt die zwangsweise Versicherung des Einzelnen, wenn dieser entweder nur teilweise eigene Leistungen dafür einbringt oder sonst mit hoher Wahr- 35 scheinlichkeit für den Staat eine derart hohe Belastung einträte, dass er seinen sozialen Verpflichtungen nur noch im beschränkten Umfang nachkommen könnte.

*Dieter Hesselberger, Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, 13. Aufl., Bonn 2003, S. 184*

### M 11 ● Das Soziale an der Sozialen Marktwirtschaft

Das so suggestive Eigenschaftswort „sozial“ im Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ bezweckt [...] zweierlei. Es betont einerseits, dass ein Markt, der offen ist für den Wettbewerb, der Wohlstand entstehen lässt und der dynamisch wächst, an sich schon für jedermann nützlich ist. In einem solchen Markt geht es allen besser. Alle bekommen eine Chance. Die Verteilung der Einkommen folgt dann dem Kriterium der Leistungsgerechtigkeit. Andererseits erlaubt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft aber konkrete Staatseingriffe in den Markt, auch dies im Interesse der Gerechtigkeit. Hier kommt der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit ins Spiel.

Man kann sich die Rolle des Staates so vorstellen wie eine Versicherung auf Gegenseitigkeit, die alle Bürger miteinander abschließen für den Fall, dass es ihnen einmal schlecht gehen sollte. Eine solche Versicherung macht das System insgesamt kraftvoller, denn jeder traut sich mit einem solchen Sicherheitsnetz mehr zu. Deshalb gibt es eine Arbeitslosen-, Gesundheits- und Rentenversicherung für jedermann. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, wer krank wird oder wer zu alt ist, um noch zu arbeiten, soll in der Sozialen Marktwirtschaft nicht ins Bodenlose fallen. Außerdem verteilt der Staat in dieser Rolle auch Einkommen um, das heißt, er nimmt den wohlhabenden Bürgern Geld weg und gibt es den ärmeren.

Vollständige Sicherheit kann es zwar nicht 35 geben, im Leben generell nicht und auch in der Wirtschaft nicht. Alles, was Menschen anfangen, fußt auf einer fiktiven Vorstellung, die sie sich darüber machen, wie sich die Dinge wohl in Zukunft fügen werden. Jedermann macht Prognosen, manchmal mit dem Kopf, manchmal mit dem Bauch. Ohne Irrtümer geht das nicht vonstatten; häufig kommt es anders als man denkt. Doch auch wenn nicht alles voraussehbar ist, ist es einer Gemeinschaft doch möglich, immerhin für so viel Sicherheit zu sorgen, dass ein Bürger nicht gleich mit der Zerstörung seiner wirtschaftlichen Grundlagen rechnen muss, wenn ihm einmal beruflich etwas misslingt. 40 Zu viel Sicherheit macht vielleicht träge, zu wenig Sicherheit jedoch lähmt vollends. Hier setzt die Soziale Marktwirtschaft an. Ein soziales Netz, das alle Bürger gemeinsam füreinander aufspannen, ist für die Gemeinschaft nicht nur moralisch wertvoll, sondern auch wirtschaftlich lohnend. Denn es macht alle Beteiligten mutiger, unternehmerischer und engagierter. Das ist kein bloßer Wunschtraum. Es ist psychologisch erwiesen, dass viele Leute tatsächlich erst dann etwas wagen, wenn sie wissen, dass sie nicht ins Bodenlose fallen, wenn die Sache schiefgeht. Sich hierfür gemeinsam maßvoll abzusichern, ist ein sinnvolle 45 Sache. 50 55 60 65

*Karen Ilse Horn, Die Soziale Marktwirtschaft, Frankfurt/M. 2010, S. 105 f.*

## M 12 ● Exkurs: Soziale Gerechtigkeit – was heißt das?



Karikatur: Jan Tomaschoff

In den vergangenen Jahren ist in Deutschland ein deutlicher Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheiten zu verzeichnen. Für Viele spiegelt sich in dieser Entwicklung nicht nur eine „soziale Schieflage“ wider, sondern sie sehen in ihr einen Ausdruck zunehmender sozialer Ungerechtigkeiten: Ungleichheiten im Steuersystem, ungleiche Bildungschancen, Ungleichheiten in der medizinischen Versorgung etc. Handelt es sich in all diesen Fällen tatsächlich um Beispiele sozialer Ungerechtigkeit? Nicht notwendigerweise! Denn es gibt zum einen unterschiedliche Vorstellungen darüber, was als gerecht oder ungerecht zu bezeichnen ist. So sind hohe Einkommensungleichheiten nur dann ungerecht, wenn man soziale Gerechtigkeit als Ergebnisgleichheit versteht, also jeder das Gleiche bekommen sollte. Einkommensungleichheiten können aber auch sozial gerecht sein, wenn man der Ansicht ist, dass die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft die individuelle Leistungsfähigkeit widerspiegeln sollte. In beiden Fällen beruft man sich auf Gerechtigkeit, kommt aber jeweils zu einem anderen Urteil. [...] Ungleichheiten sind somit nicht per se ungerecht und auch nicht immer im Namen der sozialen Gerechtigkeit zu korrigieren. [...] Wenn mit der sozialen Gerechtigkeit normative Erwartungen an die ge-

sellschaftliche Verteilung von Gütern und Lasten formuliert werden, so ist dies historisch gesehen ein vergleichsweise junges Phänomen. Denn erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird soziale Gerechtigkeit zu einer in den politischen Auseinandersetzungen gebrauchten programmatischen Forderung. Dies ist unmittelbar verknüpft mit dem Ausbau der europäischen Wohlfahrtsstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Wohlfahrtsstaat übernimmt fürsorgende Aufgaben, die vorher der Familie zufielen (z.B. Versorgung im Krankheitsfall oder im Alter) und es wird von ihm erwartet, bei einem Versagen der Märkte – insbesondere des Arbeitsmarktes – kompensierend einzugreifen. Er übernimmt für seine Mitglieder eine „Ausfallbürgschaft“, das heißt, er gewährt bei unverschuldeten Notlagen wie Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit eine Absicherung. Zugleich wird die Gesellschaft als ein Kooperationszusammenhang verstanden und ihren Mitgliedern ein Anrecht auf die Früchte dieser Zusammenarbeit zugestanden, was zugleich an die Erwartung gekoppelt ist, entsprechende Beiträge zur allgemeinen Wohlfahrt zu leisten. Eine zentrale Funktion kommt dabei der Idee der sozialen Gerechtigkeit zu. Sie besagt, dass es bei der Verteilung von Gütern und Lasten zu keiner systematischen Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Gruppen kommen soll (Unparteilichkeit), die bestehenden Verteilungsregeln für alle gleich angewandt werden sollen (Gleichheitsgrundsatz) und der Einzelne als legitim angesehene Anrechte geltend machen kann. Während in den 1960er- und 1970er-Jahren soziale Gerechtigkeit primär mit der (Um-)Verteilung von Einkommen und Vermögen gleichgesetzt wurde, wird das ihr zugrunde liegende Verteilungsproblem mittlerweile breiter verortet. Es geht nun um eine gerechte Verteilung von Chancen, also den Möglichkeiten, seine eigenen Lebenspläne zu verwirklichen. Dies umfasst nicht nur





80 die materielle Absicherung oder einen An-  
 teil am gesellschaftlichen Wohlstand, son-  
 dern vor allem auch den Zugang zu Bil-  
 dung, Kultur und die Ermöglichung  
 politischer Teilnahme. In modernen Gesell-  
 85 schaften werden individuelle Lebenschan-  
 cen, Güter und Lasten zu einem großen Teil  
 in und über gesellschaftliche Institutionen  
 verteilt. Maßgeblich sind dabei die sozialen  
 Sicherungssysteme, die Rechtsprechung  
 90 und das Erwerbssystem, und vor allem das  
 Bildungssystem und das Gesundheitswe-  
 sen. Sowohl die bloße Existenz einzelner  
 Institutionen und der Grad ihrer Regulie-  
 rung (z.B. die Rentenversicherung, das  
 95 dreigliedrige Bildungssystem oder der  
 Arbeitsmarkt) als auch die in ihnen wirksa-  
 men Verteilungsmodi (z.B. wer kann  
 welche wohlfahrtsstaatlichen Leistungen  
 beanspruchen und wer muss welche Bei-  
 100 träge zahlen) sind Ausdruck bestimmter  
 Gerechtigkeitsvorstellungen. Die inhaltli-  
 chen Auffassungen darüber, was als „sozial  
 gerecht“ gilt, lassen sich in der Rechtspre-  
 chung und den Grundstrukturen der ge-  
 105 sellschaftlichen Institutionen ablesen.  
 Mindestens vier Prinzipien können be-  
 nannt werden:

- Gleichheitsprinzip: Es fordert, jedem  
 110 gleiche Rechte oder den gleichen Anteil  
 an Gütern und Lasten zuzuweisen. Abge-  
 leitet davon ist das Prinzip der Chancen-  
 gerechtigkeit, das fordert, jedem - unab-  
 hängig von Herkunft und nicht selbst  
 115 verantworteten Einschränkungen - mög-  
 lichst gleiche Chancen beim Zugang zu  
 Gütern oder Positionen zu gewähren.
- Leistungsprinzip: Es verlangt die Beloh-  
 nung individueller Anstrengungen und

Leistungen, durchaus mit dem „Neben-  
 gedanken“ Leistungsanreize zu schaffen. 120

- Anrechtsprinzip: Insbesondere die bun-  
 desdeutschen sozialen Sicherungssyste-  
 me folgen dem Prinzip der zugeschriebe-  
 nen oder erworbenen Anrechte. Hier sind  
 es nicht aktuell erbrachte Leistungen, 125  
 sondern an Status- und Positionsmerkmale  
 gekoppelte Anrechte, die in der Vergan-  
 genheit erworben wurden oder aufgrund  
 der Tradition und den darin wirksamen  
 Normen zugeschrieben werden. 130
- Bedarfsprinzip: Das Ziel ist die Sicherung  
 einer minimalen oder „angemessenen“  
 Deckung von Grundbedürfnissen.

Die Institutionen einer Gesellschaft sind  
 historisch gewachsene Ordnungen und die 135  
 in ihnen eingelassenen Gerechtigkeitskon-  
 zeptionen beeinflussen die in der Bevölke-  
 rung bestehenden Vorstellungen von  
 Gerechtigkeit. Zugleich sind die institutio-  
 nellen Ordnungen Ergebnis politischer 140  
 Entscheidungsprozesse - die zu den jewei-  
 ligen Zeitpunkten von den Akteuren als  
 geboten oder mehrheitsfähig angesehenen  
 Gerechtigkeitskonzeptionen fließen in die  
 Gestaltung der Institutionen ein. Es kann 145  
 somit im Zeitverlauf zu „Ungleichzeitigkei-  
 ten“ kommen, nämlich dann, wenn die in  
 den Institutionen verankerten Gerechtig-  
 keitskonzeptionen ihre Mehrheitsfähigkeit  
 verloren haben. Dementsprechend ist es  
 notwendig, bei der Frage, was als sozial 150  
 gerecht gilt, auch die in einer Gesellschaft  
 aktuell vertretenen Gerechtigkeitsvorstel-  
 lungen zu berücksichtigen.

*Stefan Liebig/Meike May, Dimensionen sozialer  
 Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte,  
 16.11.2009, S. 3 ff.*

## Aufgaben

- 1 Erläutern Sie den Inhalt des Sozialstaatsgebots (M 10).
- 2 Grenzen Sie die Begriffe Ungleichheit und Ungerechtigkeit gegeneinander ab (M 11, M 12).
- 3 Erläutern Sie, welche der Gerechtigkeitsprinzipien leichter über den Markt bzw. durch den Staat verwirklicht werden können (M 11, M 12).
- 4 Angenommen, Sie müssten die Sozialpolitik mit Hilfe der in M 12 genannten Gerechtigkeitsprinzipien neu ausrichten. Wählen Sie eines der Prinzipien aus M 12 aus, und begründen Sie, warum diesem Prinzip das größte Gewicht beigemessen werden sollte.

### 3.3.5 Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft

#### M 13 ● Aktuelle Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft im Überblick

	Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland	Auswirkungen auf den deutschen Sozialstaat	Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates
<b>Globalisierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erfordert Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Befürchtung eines Race-to-the-Bottom</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• starke Globalisierungsthese: reduzierte Handlungsfähigkeit</li> <li>• schwache Globalisierungsthese: kaum Einfluss oder sogar Stärkung</li> </ul>
<b>Europäische Integration</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erfordert Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit; unterbewertete Währung fördert Exporte</li> <li>• gemeinsame Währung schafft gegenseitige fiskalische und monetäre Abhängigkeiten und kann koordiniertes Vorgehen erfordern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kann den Druck auf den Sozialstaat nicht abfangen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Maastricht-Kriterien und Fiskalpakt schränken Möglichkeit der Fiskalpolitik ein</li> </ul>
<b>Demografischer Wandel</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• schrumpfende Arbeitsbevölkerung erfordert Steigerung der Erwerbstätigenquote, verstärkte Zuwanderung sowie Produktivitätssteigerungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausgabensteigerungen und sinkende Einnahmen stellen die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherheitssysteme in Frage</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erhöhte Sozialausgaben reduzieren Handlungsspielraum</li> </ul>
<b>Klimawandel/Energiewende</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erfordert Anpassungen (Strukturwandel) und wirft Verteilungsfragen auf</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• erhöhte Ausgaben der Sozial- und Industriepolitik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• staatliche Handlungsfähigkeit besteht, Problemlösung benötigt teils internationale Kooperation</li> <li>• Investitionskosten in Infrastruktur, Private-Public-Partnerships zur Finanzierung beeinflussen die Handlungsfähigkeit</li> </ul>

Daniel Buhr u. a., *Wirtschaft und Politik – eine Einführung*, Stuttgart 2014, S. 101

#### M 14 ● Herausforderungen für den Sozialstaat

Der deutsche Sozialstaat hat im vergangenen Jahr fast 850 Milliarden Euro an seine Bürger verteilt. Das waren gut 31 Milliarden Euro oder 3,8 Prozent mehr als im Jahr 5 zuvor. Der Sozialstaat ist damit zum wiederholten Mal stärker gewachsen als die

Wirtschaftsleistung insgesamt: Das Bruttoinlandsprodukt stieg nominal – also nicht inflationsbereinigt – um 3,4 Prozent. So weist es die neue Jahresstatistik des Bundesarbeitsministeriums aus. 10 Von der Wirtschaftsleistung, die sich auf

Gewinne und Verluste bei der staatlichen Umverteilung, aufgeschlüsselt nach den Haushalts-Nettoeinkommen.

Haushalts-Nettoeinkommen im Monat (Euro) <sup>1)</sup>	Staatliche Geldtransfers an Haushalte <sup>2)</sup>	Abgaben der Haushalte <sup>3)</sup>	Gewinne oder Verluste im Monat (Geldtransfers minus Abgaben)
unter 1.000	533	- 56	+476
1.000 bis 1.500	804	- 193	+610
1.500 bis 2.000	889	- 380	+509
2.000 bis 2.500	970	- 561	+410
2.500 bis 3.000	948	- 758	+190
3.000 bis 3.500	842	- 984	-142
3.500 bis 4.000	838	- 1.263	-424
4.000 bis 4.500	773	- 1.552	-779
4.500 bis 5.000	843	- 1.829	-986
5.000 bis 6.000	760	- 2.193	-1.434
6.000 bis 7.000	651	- 2.772	-2.120
7.000 bis 10.000	625	- 3.782	-3.156
mehr als 10.000	625	- 8.470	-7.845

1) 2012. 2) Gesetzliche Renten, Kindergeld usw. 3) Einkommensteuer, Sozialversicherungs-Arbeitnehmerbeiträge usw.

gut 2,9 Billionen Euro belief, flossen damit 29,2 Prozent in Sozialleistungen. Das ist der höchste Wert seit den Krisenjahren 2009 und 2010, als Milliardenausgaben für Kurzarbeit die Quote sogar auf 30 Prozent erhöhten. Die größten Ausgabenposten sind indes mit jeweils mehr als 300 Milliarden Euro die Gesundheitsversorgung sowie Renten und Pensionen.

Ob der Sozialstaat so groß sein muss, darüber wird politisch viel gestritten. Unabhängig davon lässt sich jedoch eines feststellen: Soweit es dem Sozialstaat um Umverteilung von oben nach unten geht, also von höheren zu niedrigeren Einkommen, funktioniert er erstaunlich gut – wer viel hat, der muss viel geben; wer wenig hat, bekommt viel dazu. Das belegt eine noch unveröffentlichte Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die der F.A.Z. vorliegt. Betrachtet man allein die Geldleistungen, die der Sozialstaat verteilt, dann erhält ein Durchschnittshaushalt über die verschiedenen Kanäle 820 Euro im Monat. Ohne die Einkommensteuer, die Gutverdiener besonders stark zur Finanzierung heranzieht, wäre der Sozialstaat allerdings ziemlich ungerecht: Zwar erhalten Bürger aus Haushalten mit monatlichen Nettoeinkommen zwischen 2.000 und 2.500 Euro im Durch-

schnitt am meisten Geld vom Staat – insgesamt 970 Euro im Monat. Doch selbst wer in einem Haushalt mit mehr als 10.000 Euro netto lebt, erhält immer noch 625 Euro im Monat dazu. Dies können neben Renten und Pensionen auch Familienleistungen sein.

Das Bild des Transferstaats ändert sich jedoch erheblich, wenn man neben den Leistungen auch Steuern und Abgaben mitrechnet, wie die Analyse der Verteilungsforscherin Judith Niehues belegt. Denn wer in einem Haushalt mit mehr oder sogar deutlich mehr als 10.000 Euro im Monat lebt, überweist gleichzeitig im Durchschnitt 8.470 Euro an den Staat; er leistet damit unter dem Strich trotz jener Transfers von 625 Euro einen Finanzierungsbeitrag von 7.845 Euro im Monat. Demgegenüber zahlen Bürger der Einkommensklasse von 2.000 bis 2.500 Euro durchschnittlich nur 561 Euro im Monat an Einkommensteuern und Abgaben. Ihnen bleiben von den 970 Euro an Sozialleistungen am Ende immerhin knapp 410 Euro übrig. Und wer in einem Haushalt mit nur 1.000 bis 1.500 Euro netto lebt, macht unterm Strich sogar 610 Euro gut: Zwar gibt es in dieser Einkommensklasse durchschnittlich nur 804 Euro im Monat vom Sozialstaat, doch auf der anderen Seite

75 zieht der Steuer- und Abgabenstaat hier auch nur 193 Euro im Monat ein.

Betrachtet man diese Ergebnisse über alle Einkommensklassen, liefert die staatliche Umverteilungsmaschine im Grundsatz eine  
80 schlüssige Arbeit ab. Denn je höher das Nettoeinkommen ausfällt, desto mehr tragen die Haushalte auch im Saldo von Steuern und Transfers zum Gemeinwesen bei. Und je kleiner das Nettoeinkommen, desto  
85 mehr bekommen sie. Wer weniger als 1.000 Euro im Monat hat, bezieht im Durchschnitt mehr als 48 Prozent seines Einkommens vom Staat. Wer 2.000 bis 2.500 Euro zur Verfügung hat, verdankt im Durchschnitt  
90 mindestens 26 Prozent der Umverteilung. Oberhalb von 3.000 Euro im Monat sind die Bürger in der Regel Nettozahler.

Da es sich um Durchschnittswerte handelt,  
95 kann es aber – je nach Art des Haushalts – im Einzelfall trotzdem anders aussehen. So zählen fast alle Seniorenhaushalte als Transferempfänger, da Renten und Pensio-

nen meist der Großteil ihres Einkommens  
100 sind – auch wenn es sich etwa um Pensionspaare mit zusammen mehr als 3.000 Euro netto handelt. Auf der anderen Seite gibt es unter dieser Schwelle auch eine Minderheit von Nettozahlern. Stark in die  
105 Pflicht genommen würden unterm Strich vor allem Erwerbstätige ohne Kinder, zeigt Niehues. Das betreffe nicht nur Singles, sondern auch Paare: „Ihre durchschnittlichen Bruttoeinkommen und ihre Abgaben sind vergleichsweise hoch, sie profitieren  
110 aber kaum von Transferleistungen.“

Tatsächlich hat die ganz überwiegende Mehrheit der Ein-Personen-Haushalte wie auch eine Mehrheit der Zwei-Personen-Haushalte weniger als 3.000 Euro netto.  
115 Unter den fünf Millionen Familien mit vier oder mehr Personen kann dagegen immerhin die Hälfte mehr als 4.000 Euro im Monat ausgeben. „Das zeigt, dass Familien überdurchschnittlich oft zur Mittelschicht  
120 gehören“, schreibt die Forscherin.

*Dietrich Creutzburg, www.faz.net, 3.8.2015*

### M 15 ● Grundsätzliche Bemerkung: Wozu ist der Sozialstaat gut?

Der Sozialstaat ist keine bestimmte Staatsform, sondern eine bestimmte Dimension moderner Staatlichkeit. Daher hängt die Wirksamkeit sozialpolitischer Leistungen  
5 nicht nur von Gesetzen und Organisationen ab. Es kommt auf den Gesamtzusammenhang des Staates an, insbesondere auf eine nicht korrumpierte Rechtsstaatlichkeit und eine demokratische Regierungsform.  
10 [...]

In der Bundesrepublik Deutschland ist die soziale Selbstverpflichtung des Staates in den Artikeln 20 I und 28 I des Grundgesetzes verankert, den sogenannten Sozialstaatsklauseln. [...] [D]iese Verfassungsnormen [...] dienen beispielsweise als Kriterien der Rechtsprechung und legitimieren politische Kritik an bestehenden Defiziten. Darüber hinaus stabilisieren sie das Vertrauen  
20 der Bevölkerung in die Dauerhaftigkeit staatlicher Sozialpolitik, eine Dauerhaftig-

keit, die von allen nichtstaatlich garantierten Lösungen nicht erwartet werden kann. [...]

Betrachtet man die Länder, die sich auf den  
25 Weg zur Wohlfahrtsstaatlichkeit begeben haben, so fällt auf, dass sie alle eine lateinisch-christliche Vergangenheit sowie eine einigermaßen stabile Regierungstradition haben. [...] Die dritte, meist als selbstverständlich geltende Voraussetzung eines Wohlfahrtsstaates ist ein Wirtschaftssystem, das auf Privateigentum, Märkten und technischen Fortschritten beruht und auf Effizienz und Wachstum ausgerichtet ist.  
35 [...]

Die Entwicklung zum Sozial- oder Wohlfahrtsstaat ist zwar keine zwangsläufige Reaktion auf die Entstehung des industriellen Kapitalismus, aber unter den in Europa  
40 vorherrschenden kulturellen Traditionen die überzeugendste Lösung für die Be-

kämpfung der mit dem ungehinderten Kapitalismus verbundenen Ausschlussten-  
 45 denzen der Leistungsbeschränkten und  
 Arbeitsunfähigen. Die Verbindung von  
 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Sozi-  
 alstaatlichkeit prägt das politische Selbst-  
 verständnis Europas und ist weitgehend  
 50 konsistent mit seinen kulturellen antiken,  
 christlichen und aufklärerischen Traditio-  
 nen und den aus ihnen folgenden morali-  
 schen Intuitionen.

Dennoch ist auch in Deutschland die Sozi-  
 55 alstaatlichkeit stärker umstritten als Demo-  
 kratie und Rechtsstaatlichkeit. In aller Kür-  
 ze seien einige starke Einwände vorgestellt.  
 Erstens heißt es, der Sozialstaat greife be-  
 vormundend in die Gesellschaft als Raum  
 60 bürgerlicher Freiheiten ein. Dieses Argu-  
 ment entspricht der amerikanischen Sicht,  
 die Aufgaben der Regierung möglichst  
 stark zu beschränken. [...]

Zweitens wird eingewandt, der Sozialstaat  
 65 würde überborden, so dass seine Kosten die  
 Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft  
 beeinträchtigen. [...]

Das dritte Argument: Sozialpolitische  
 Maßnahmen setzen verkehrte Anreize,  
 70 etwa hinsichtlich der Arbeitsbereitschaft.  
 [...]

Viertens heißt es, gesellschaftliche Ent-  
 wicklungen wie das demografische  
 Altern, Nebenfolgen technologischer  
 75 Fortschritte oder die Globalisierung über-  
 forderten die öffentlichen Finanzen und  
 die Regierungsfähigkeit. Bisherige Lei-  
 stungsniveaus seien dann nicht aufrechtzu-  
 erhalten, was zu politischen Krisen führen  
 80 und im Grenzfall in gesellschaftlicher Des-  
 organisation enden könnte. [...]

Alles in allem gibt es immer wieder plausi-  
 ble Einwendungen gegen wohlfahrtsstaat-  
 liche Entscheidungen in einzelnen Län-  
 85 dern. Gleichwohl haben sich alle  
 totalisierenden Krisendiagnosen – Finanz-  
 krise, institutionelle Krise, Legitimations-  
 krise, Motivationskrise – als bemerkenswert  
 kurzlebig erwiesen. Einwendungen gegen die  
 90 soziale Grundverantwortung des Staates  
 werden zum mindesten in Europa kaum



Franz-Xaver Kaufmann (\*1932),  
 lehrte als Professor an der Universität Bielefeld  
 Sozialpolitik und Soziologie.

mehr erhoben. Dennoch gilt: „Die Sozialpo-  
 litik hat ein Doppelgesicht – sie ist ein Pro-  
 blemlöser und ein Problemerzeuger, ein  
 Nutzenstifter und ein Kostenverursacher, 95  
 ein Lastenträger und eine Bürde“ (Manfred  
 G. Schmidt). Die Belasteten suchen sich oft  
 zu wehren, ohne zu sehen, dass auch sie an  
 den Nutzen partizipieren. Deshalb schließ-  
 lich die Frage: Wozu ist der Sozialstaat 100  
 gut? Diese Frage richtet sich nicht auf die  
 individuelle Nützlichkeit einzelner sozial-  
 politischer Maßnahmen, sondern auf den  
 kollektiven Nutzen des Sozialstaats.

Eine zentrale Leistung des Sozialstaats be- 105  
 zieht sich auf Institutionalisierung und da-  
 mit auf die Dämpfung des Klassenkonflikts  
 zwischen Kapital und Arbeit. In Deutsch-  
 land dienen dem heute vor allem das Tarif-  
 vertrags- und das Mitbestimmungswesen 110  
 sowie die Arbeitsgerichtsbarkeit. Dadurch  
 werden die Interessengegensätze und Kon-  
 flikte nicht aus der Welt geschafft, aber in  
 wirtschaftlich und sozial verträgliche Form  
 gebracht. 115

Ein zweiter Leistungsbereich lässt sich mit  
 dem Stichwort Inklusion oder Teilhabe be-  
 zeichnen. [...] Es ist das Verdienst staatli-  
 cher Sozialpolitik, für die Arbeitsunfähigen  
 Existenzmöglichkeiten außerhalb des 120  
 Marktes zu schaffen, was meist als „soziale  
 Sicherung“ bezeichnet wird. Was die Ar-  
 beitslosen angeht, so kam staatliche Hilfe



erst spät in Gang. Pioniere waren oft die  
 125 Gewerkschaften mit ihren eigenen Hilfs-  
 kassen. Nicht zu vergessen ist in diesem  
 Zusammenhang das Bildungswesen, das  
 insbesondere Kinder und Jugendliche vor  
 allzu früher Ausnutzung bewahrt und ih-  
 130 nen vielfach den schwierigen Übergang in  
 den Arbeitsmarkt erleichtert. Die hohe po-  
 litische Stabilität der westeuropäischen  
 Demokratien ist auch durch den Umstand  
 bedingt, dass soziale Exklusion zwar nicht  
 135 beseitigt wurde, aber doch marginales Phä-  
 nomen geblieben ist. Wo sich Exklusion  
 verfestigt, wie beispielsweise in den Vor-  
 städten von Paris, ist mit sozialen Unruhen  
 und politischem Extremismus zu rechnen.  
 140 Drittens haben viele sozialpolitische Maß-  
 nahmen und ihr fortgesetzter Ausbau we-  
 sentlich zum Gelingen von Modernisie-  
 rungsprozessen in Europa beigetragen. Das  
 gilt beispielsweise für die Ermöglichung  
 145 funktionierender Arbeitsmärkte oder die  
 zunehmende Gleichheit der Geschlechter.  
 [...] Heute, in Zeiten mangelnden Nachwuchses,  
 wird immer mehr Unternehmen bewusst,  
 150 dass die Reproduktion des Humankapitals  
 oder Humanvermögens nicht durch die  
 Marktwirtschaft, sondern durch die Famili-  
 en und das Bildungswesen geschieht. Schätzungen  
 besagen, dass die Summe der  
 155 kapitalisierten Humanvermögens der deut-  
 schen Volkswirtschaft die Summe des in-  
 vestierten Sachkapitals deutlich übersteigt,  
 also mehr als die Hälfte der volkswirt-  
 schaftlichen Investitionen ausmacht.  
 160 In Deutschland hat sich ein Verständnis  
 des Sozialstaats durchgesetzt, „der den  
 Schwächeren hilft, der die Teilhabe an den  
 wirtschaftlichen Gütern nach den Grund-  
 165 sätzen der Gerechtigkeit und mit dem Ziele  
 der Gewährleistung eines menschenwürdi-  
 gen Daseins für jedermann zu bewirken

sucht“ (H. F. Zacher). Der Sozialstaat hat  
 also den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu  
 dienen, über die im Detail durchaus heftig 170  
 gestritten wird.

Soziale Gerechtigkeit birgt selbst zum  
 mindesten zwei Spannungsfelder: zum ei-  
 nen die Spannung zwischen Leistungs-  
 und Bedarfsgerechtigkeit, zum anderen 175  
 die Spannung zwischen Besitzstands- und  
 Chancengerechtigkeit. Je nachdem, wor-  
 auf man das stärkste Gewicht legt, kommt  
 man zu unterschiedlichen politischen Pri-  
 oritäten. 180

Ein weiterer Gerechtigkeitsdiskurs bezieht  
 sich auf das Verhältnis von sozialer Gleich-  
 heit und Ungleichheit: Der Sozialstaat soll  
 zu einer Angleichung der Lebenslagen in  
 der Bevölkerung, also zu mehr Gleichheit 185  
 führen. Entgegen allen Unkenrufen gelingt  
 dies in vielen Sozialstaaten dank einer Ver-  
 bindung von Steuer-, Sozial- und Bil-  
 dungspolitik aus langfristiger Perspektive  
 in erheblichem Maß, vor allem im unteren 190  
 Bereich der sozialen Pyramide. Wie auch  
 immer man einzelne Maßnahmen beurtei-  
 len mag: Dass der Sozialstaat dazu bei-  
 trägt, das Bewusstsein in der Bevölkerung  
 zu verbreiten, unter einigermaßen gerech- 195  
 ten Verhältnissen zu leben, ist schwer zu  
 bestreiten. Auch in dieser Hinsicht wirkt  
 somit der Sozialstaat als Stabilisator der  
 politischen und gesellschaftlichen Verhält-  
 nisse. Er trägt wesentlich zur Akzeptanz der 200  
 herrschenden politischen Ordnungen bei.  
 Alles in allem lässt sich die sozialstaatliche  
 Entwicklung als konstitutiver Bestandteil  
 des europäischen Modernisierungspfades  
 begreifen. Auf sie sollten wir im Horizont 205  
 unserer kulturellen Traditionen stolz sein  
 dürfen.

*Franz-Xaver Kaufmann, Frankfurter Allgemeine Zei-  
 tung, 24.2.2014, S. 7*

### Aufgaben

- 1 Beurteilen Sie die Umverteilung von höheren zu niedrigeren Einkommen (M 14).
- 2 „Der Sozialstaat als bester Weg zur Lösung von Gerechtigkeitsfragen.“ Entwerfen Sie zu dieser Position Kaufmanns (M 15) ein Lernplakat.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie ergänzt die Marktprozesse durch eine vom Staat durchgesetzte und kontrollierte Wettbewerbsordnung und eine staatliche Sozialordnung. Auf diesem Wege sollen die unerwünschten Ergebnisse der Freiheit auf dem Markt korrigiert und mit sozialem Ausgleich verbunden werden.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wurde von Wissenschaftlern der „Freiburger Schule“ (z. B. Walter Eucken, Franz Böhm, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpcke, Alexander Rüstow) entwickelt und in den frühen Nachkriegsjahren, z. T. gegen den Widerstand der Besatzungsmächte, von Ludwig Erhard, später erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, politisch durchgesetzt. Sein programmatisches Buch „Wohlstand für alle“ erschien 1957.

Im System der Sozialen Marktwirtschaft setzt der Staat die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln:

- Er garantiert einen Rechtsrahmen, der die Freiheitsrechte für alle Akteure sichert (Vertragsfreiheit, Konsumfreiheit, Freiheit der Berufswahl, Gewerbefreiheit, Privateigentum an Produktionsmitteln).
- Er sorgt für die Sicherung des Wettbewerbs, dem zentralen Steuerungsinstrument für das gesamte Wirtschaftsgeschehen. Er erreicht dies unter anderem dadurch, dass wettbewerbswidrige Kartelle (Zusammenschlüsse von Unternehmen) und der Machtmissbrauch durch die marktbeherrschende Stellung einzelner Unternehmen (Monopole) verhindert werden.
- Er etabliert ein System der sozialen Sicherung, welches durch die Ausgestaltung des Steuersystems, durch eine Sozialversicherungspflicht für jeden Einzelnen und staatliche Transferzahlungen für sozialen Ausgleich sorgen soll. Inwieweit allerdings dieses System der sozialen Sicherung einschlägigen Gerechtigkeitskriterien entspricht, ist politisch umstritten, zumal es sehr unterschiedliche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit gibt. Die bekannteren Prinzipien sind das Gleichheits-, das Leistungs-, das Anrechts- und das Bedarfsprinzip.

Und schließlich finden in der konkreten Ausgestaltung des Sozialstaats ja noch weitere Kriterien Berücksichtigung, wie z. B. Fragen der Effizienz. So würde eine zu starke Besteuerung der Leistungsträger der Gesellschaft den wirtschaftlichen Output der Volkswirtschaft maßgeblich negativ beeinflussen.

Zwar schreibt das Grundgesetz keine konkrete Wirtschaftsordnung für die Bundesrepublik Deutschland vor, doch gibt es die Rahmenbedingungen an, innerhalb derer die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung erfolgen kann. Dieser Ordnungsrahmen wird durch die im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte, durch die Gleichheitsrechte und das Sozialstaatspostulat (Art. 20,1 und Art. 28,1) gesetzt. Man kann deshalb davon ausgehen, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft der Verfassungsidee am ehesten entspricht.

**Die Soziale  
Marktwirtschaft**  
M 1, M 2, M 5

**Rahmenbedingungen**  
M 5, M 8

**Grundgesetz und  
Wirtschaftsordnung**  
M 10, M 11

**Herausforderungen**

M 13, M 14

Auch der Sozialen Marktwirtschaft stellen sich viele Herausforderungen. So erhält sich zum Beispiel der Wettbewerb nicht von selbst: Jeder Unternehmer hätte gern einmal eine Pause vom Wettbewerb. Ein unmittelbares, eigenständiges Interesse an fairen Wettbewerbsbedingungen hat als Unternehmer eigentlich nur, wer sich selbst in einer unterlegenen Position befindet. Wenn aber der Wettbewerb fehlt, geht das auf Kosten der Kunden. Eine besondere Herausforderung ist auch das schwierige Austarieren der Gewichte zwischen dem „Sozialen“ und dem „Markt“, wie dies z. B. auf dem Gebiet der staatlichen Fürsorge sichtbar wird.

Zentrale Herausforderungen, denen sich die Soziale Marktwirtschaft heute konfrontiert sieht, sind

- der weltweite Globalisierungsprozess,
- der Prozess der europäischen Integration,
- der demografische Wandel und entsprechende Ungleichgewichte in den sozialen Sicherungssystemen (Renten-, Gesundheitssystem), und
- der Klimawandel bzw. die seit einigen Jahren darauf reagierende Politik der Energiewende.

**Die Soziale  
Marktwirtschaft  
als Sozialstaat**

M 11, M 15

Die Soziale Marktwirtschaft ist als Sozialstaat in ein politisches System eingebettet, das sich verpflichtet hat, die Teilhabe an seinen sozialen Einrichtungen grundsätzlich allen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Der deutsche Sozialstaat ist damit seiner Idee nach ein normatives Projekt, genauso wie der Rechtsstaat zur Sicherung von Freiheiten und die Demokratie zur Sicherung der politischen Beteiligung. Was individuelle Wohlfahrt als politische Kernaufgabe ausmacht, ist im Sozialstaat: Einkommenssicherheit bei Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit sowie Kranken- und Unfallversorgung.

Soweit es dem Sozialstaat um die Umverteilung von oben nach unten geht, also von höheren zu niedrigeren Einkommen, funktioniert er erstaunlich gut: wer viel hat, der muss viel geben; wer wenig hat, bekommt viel dazu.

Dass der Sozialstaat dazu beiträgt, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu verbreiten, unter einigermaßen gerechten Verhältnissen zu leben, ist schwer zu bestreiten. Auch in dieser Hinsicht wirkt somit der Sozialstaat als Stabilisator der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Er trägt wesentlich zur Akzeptanz der herrschenden politischen Ordnung bei.

## Kontrovers diskutiert: Markt versus staatliche Ordnung?

Hier in Freiburg haben unabhängige Geister, und das in Zeiten totalitärer Herrschaft, eine Ordnung der Freiheit entworfen, eine Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen großer Skepsis gegenüber liberalen Wirtschaftssystemen dazu beigetragen hat, Deutsche mit Marktwirtschaft und mit Wettbewerb zu befreunden. Hier wurde ein Kapitel der Freiheitsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland geschrieben. Und die Freiheit wurde als wichtiges Thema in die Gesellschaft eingebracht, indem man über die Freiheit der Wirtschaft redete. Denn Freiheit in der Gesellschaft und Freiheit in der Wirtschaft gehören zusammen. Wer eine freiheitliche Gesellschaft möchte, möge sich einsetzen für Markt und für Wettbewerb und gegen zu viel Macht in den Händen Weniger. Er muss aber auch wissen, eine freiheitliche Gesellschaft beruht auf Voraussetzungen, die Markt und Wettbewerb alleine nicht herstellen können. Gedanken und Begriffe Walter Euckens können uns bei dieser doppelten Aufgabe auch helfen. Er suchte nach einer Wirtschafts- und Sozialordnung, die – in seinen Worten – wirtschaftliche Leistung und menschenwürdige Daseins-Bedingungen gleichermaßen gewährleistet; nach einer Ordnung, die auf die Freiheit des Menschen ausgerichtet ist. Und er fand vieles, was diese Freiheit heute wie damals bedroht. Da schrieb er – ich zitiere wieder –, dass die Gewährung von Freiheit eine Gefahr für die Freiheit werden kann, wenn sie die Bildung privater Macht ermöglicht, dass zwar außerordentliche Energien durch sie geweckt werden, aber dass diese Energien auch freiheitszerstörend wirken können. Klingen diese Worte nicht sehr vertraut? Wenige Jahre, nachdem Banken und politische Versäumnisse die Wirtschaft vieler Staaten und damit auch Millionen Menschen in eine tiefe Krise stürzten – und dann, weil too big to fail, mit Milliarden der Steuerzahler gestützt und gerettet wer-

den mussten. An anderer Stelle lese ich bei Eucken über die Gefahren, die dem Einzelnen in der modernen arbeitsteiligen Welt drohen. Nicht allein wirtschaftliche Not, sondern auch die Beeinträchtigung oder sogar der Verlust seiner Freiheit, sei es durch private Macht oder im schlimmsten Fall durch den totalen Staat. Wie könnte ich bei diesen Worten nicht erinnert werden, mich selbst erinnern an die von mir erlebten Jahrzehnte in Zentralverwaltungswirtschaft, wie Eucken das nannte, an verstaatlichte Produktionsmittel und zentrale Lenkung aller Wirtschaftsprozesse, an absurde Pläne einer Mangelwirtschaft und vor allem an willkürliche Zuteilung von Lebenschancen und damit an eine Politik, die Menschen ihre Potenziale eben nicht hat entfalten lassen und die ihre Eigenverantwortung hat verkümmern lassen. An eine Wirtschaft und an einen Staat, die gleichermaßen gescheitert sind. Walter Eucken hatte, als er das formulierte, natürlich noch nicht die DDR vor Augen, sondern die sowjetische Planwirtschaft [...]. Und dann denkt da ein Freiburger Ökonom gemeinsam mit seinen Mitstreitern über die Entmachtung all dieser Mächtigen nach, entwirft eine Ordnung, in der der Staat so viel wie irgend möglich dem freien Spiel des Wettbewerbs überlässt, aber keinesfalls das Setzen der Regeln selbst. Eine Ordnung, die den Einzelnen weder einer staatlichen Bevormundung unterwirft noch einem Markt, auf dem die Starken so groß werden können, dass sie selbst die Regeln bestimmen, eine Ordnung, die – so Euckens Worte – auf das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit zielte und zur Erfüllung dieses Anliegens auf den höchsten möglichen wirtschaftspolitischen Wirkungsgrad. [...] Letztlich wirkte die geniale Kompromissformel der Sozialen Marktwirtschaft. [...] Die Deutschen konnten sich, zumindest im Westen, mit Markt und Wettbewerb befreunden. Die Freiburger



Walter Eucken (1891 – 1950), bekanntester Mitbegründer der Freiburger Schule

An der Freiburger Universität feierte 2014 das Walter-Eucken-Institut 60-jähriges Jubiläum. Das Institut ist ein Zentrum für wirtschaftspolitische Grundlagenforschung, Eucken gilt als Begründer der ordoliberalen Schule, die vor einem Zuviel an Staat warnt, vor Staatsdirigismus, andererseits warnt sie aber auch vor einem Laissez-faire-Liberalismus, vor einem entfesselten Markt. Anlässlich des Jubiläums nahm der Festredner, Bundespräsident Joachim Gauck, diese Motive auf, um seinerseits ein Plädoyer zu halten für eine freie, aber nicht entfesselte Marktwirtschaft. Sie lesen den Mitschnitt eines öffentlich gehaltenen Vortrags.



Joachim Gauck  
(\*24. Januar 1940 in  
Rostock), seit dem  
23. März 2012 elfter  
Bundespräsident  
der Bundesrepublik  
Deutschland

Schule hatte einen großen Anteil daran. Dies könnte nun das Happy End sein. Soziale Marktwirtschaft hat sich durchgesetzt, und gut.

Nun geht die Rede aber noch weiter. Und es ist ja auch so: Wir wollen nicht sagen, dass es gut sei. Deutsche Unternehmen verkaufen weltweit erfolgreich ihre Produkte. Wir genießen Dank dieses wirtschaftlichen Erfolges nicht nur einen materiellen Wohlstand, sondern auch einen sozialen Standard, den es so nur in wenigen Ländern der Welt gibt. Und doch halten viele Deutsche die marktwirtschaftliche Ordnung zwar für effizient, aber nicht für gerecht. Mit Marktwirtschaft assoziieren sie laut einer aktuellen Umfrage gute Güterversorgung und Wohlstand, aber auch Gier und Rücksichtslosigkeit. Das ist nun freilich nichts Neues, ähnliche Forschungen in der Seele der Deutschen fördern seit Jahrzehnten relativ konstante Sympathien für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zutage. Schon Bundespräsident Heuss sprach vom gefühlsbetonten Antikapitalismus der Deutschen, den er zu Recht für einen unreflektierten Antiliberalismus hielt. Für mich folgt daraus: Es wird nicht alles schlimmer. Salopp gesagt: Man muss nicht verzweifeln, wenn man wie ich die Soziale Marktwirtschaft für eine Errungenschaft hält. Aber natürlich gibt es auch Grund zu fragen, woran so viele konstant zweifeln, nicht um den Zweifelnden zu folgen, sondern um ihnen zu begegnen. [...] Viele zweifeln am Wettbewerb, der unser Dasein bestimmt. Er beginnt spätestens in der Schule und begleitet uns nicht nur im Berufsleben oder im Unternehmen, sondern auch im Sport, in der Kunst, in der Kultur. Die Demokratie

selbst ist ohne Wettbewerb ja gar nicht denkbar. Als Land stehen wir wiederum nicht nur mit unserer Wirtschaft, sondern auch mit unserem Gesellschaftsmodell im Wettbewerb mit anderen Nationen. Im Grunde aber finden allzu viele den Wettbewerb eher unbequem. Es ist anstrengend, sich permanent mit anderen messen zu müssen. Und wenn wir uns immer wieder neu behaupten müssen, dann können wir ja auch immer wieder scheitern. Das ist das Paradoxe an der freiheitlichen Ordnung. Ich kenne so viele, die sich einst fürchteten, eingesperrt zu werden, die Freiheit suchten und ersehnten. Aber jetzt fürchten sie sich vor ihr, fürchten sich auch, abgehängt zu werden. Das ist menschlich verständlich. Aber es lohnt zu erklären, was Wettbewerb vor allem ist, jedenfalls dann, wenn er fair ist, dann ist er eine öffnende Kraft. Er bricht althergebrachte Privilegien und zementierte Machtstrukturen auf und bietet dadurch Raum für mehr Teilhabe, mehr Mitwirkung. Er bietet, auch im Falle des Scheiterns, idealerweise eine zweite und weitere Chance. Und wenn er richtig gestaltet ist, dann ist er auch gerecht. [...] Wir sollten übrigens nicht hoffen, ein für alle Mal den richtigen Rahmen setzen zu können. Es gibt doch keinen Idealzustand, der staatlich planbar oder herbei zu reformieren wäre. Auch lassen sich ja nicht alle Risiken aus einer Marktwirtschaft herausbringen. Wer das glaubt, der wird ja permanent enttäuscht. Und wer das behauptet, der wird permanent enttäuschen.

Bundespräsident Joachim Gauck, SWR2 Aula, 6.4.2014

### Aufgaben

**F** zu Aufgabe 1  
Gestalten Sie eine Gegenrede aus Gewerkschaftsperspektive.

- 1 Visualisieren Sie (z. B. in einer Mind-Map) die Kerngedanken der Gauckschen Rede.
- 2 „Viele Deutsche halten die marktwirtschaftliche Ordnung zwar für effizient, aber nicht für gerecht [Z. 106 ff.]. Überprüfen Sie Gaucks Aussage anhand von M 4 von S. 102.



Sie können...	Dazu benötigen Sie u. a. folgende Begriffe...	Das klappt schon...	Hier können Sie u. a. noch üben...
wirtschaftliches Handeln als eine Reaktion auf Anreize darstellen.	Anreize Libertärer Paternalismus		M 1 – M 3, S. 80 f. Orientierungswissen / S. 96
Wirtschaftsordnungen nach einschlägigen Kriterien analysieren.	Bausteine von Wirtschaftsordnungen Wirtschaftsordnungen im Vergleich		M 2, M 3, S. 82 f. Orientierungswissen / S. 96
begründen, warum Marktwirtschaften leistungsfähige Wirtschaftsordnungen darstellen.	Marktwirtschaften funktionierende gesellschaftliche Institutionen Preise als Steuerungsinstrumente/die „unsichtbare Hand“		M 6, M 7, S. 88 f. Orientierungswissen / S. 96
verschiedene Typen der Marktwirtschaft unterscheiden	Marktwirtschaften liberaler und koordinierter Kapitalismus		M 14, M 15, S. 94 f. Orientierungswissen / S. 96
begründen, warum Planwirtschaften das Ziel verfehlen, eine konkurrenzfähige Wirtschaftsordnung zu bilden.	Planwirtschaft Hauptprobleme: das Koordinations-, das Motivations- und das Innovationsproblem		M 11, M 13, S. 91 ff. Orientierungswissen / S. 96
die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland historisch einordnen.	Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhard Historische Phasen (der SMW)		M 1 – M 3, S. 98 – 101 Orientierungswissen/S. 117
das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft beschreiben.	Soziale Marktwirtschaft Markt und Staat Alfred Müller-Armack		M 4, M 5, S. 102 f. Orientierungswissen/S. 117
Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft im Detail erläutern	Soziale Marktwirtschaft Wettbewerbsprinzip Monopol		M 7, M 8, S. 105 f. Orientierungswissen/S. 117f.
das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft herausarbeiten und aktuelle Herausforderungen erörtern.	Soziale Marktwirtschaft Sozialstaat Grundgesetz Dimensionen sozialer Gerechtigkeit		M 10 – M 15, S. 108 – 116 Orientierungswissen/S. 117f.